

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 129.

Donnerstag den 6. Juni 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Haager Friedenskonferenz.

Am 29. Juli 1899, nach Schluß der durch ihre Weitschweifigkeit sowohl als durch ihre Geheimnisthämerei gleich berühmten Friedensverhandlungen, die auf Veranlassung des „Kaisers aller Russen“ im Haag von den Diplomaten gepflogen worden waren, ist ein Abkommen unterzeichnet worden, welches die Genfer Konvention in verschiedener Hinsicht ergänzt. Jetzt endlich, nach fast zwei Jahren, ist das Abkommen durch den Reichskanzler offiziell dem Reichstag zugestellt und den Abgeordneten in die Ferien nachgesandt worden. Nach dem amtlichen Schriftstück umfaßt das Haager Abkommen drei Punkte und drei Erklärungen: die friedliche Erledigung internationaler Streitfälle, die Geseze und Gebräuche des Landkriegs, die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention von 1864 auf den Seekrieg, das Verbot des Werfens von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen oder auf sonstigen neuen Wegen, das Verbot der Verwendung von Geschossen mit erstickenden oder giftigen Gasen und das Verbot von Geschossen, die sich leicht im menschlichen Körper ausdehnen oder plattdrücken.

Dieses Abkommen ist unterzeichnet worden von Deutschland, Oesterreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Persien, Portugal, Rumänien, Rußland, Siam, Schweden und Norwegen, Bulgarien, Japan, Montenegro, Schweiz, Griechenland, Mexiko, Suesz China, Luxemburg, Serbien und die Türkei haben es nicht ratifiziert.

Das ist also das ganze Ergebnis der Haager Konferenz. Sie wurde angekündigt als der ernsthafteste Versuch, den Greueln des Krieges und dem Kriege selbst ein Ende zu machen. Willfährige Zeitungsfäden der europäischen Reaktion bezeichneten den kleinen Nikolaus ob seines Manifestes als den „Friedenszaren.“ Im Haag hatten sich am Eröffnungstage alle Zeitungsschreiber der Welt ein Rendezvous gegeben, um alsbald wieder enttäuscht die heimischen Redaktionsstuben aufzusuchen. In der That bedeutet denn auch das nun schriftlich vorliegende Ergebnis der Haager Konferenz lediglich eine neue Festlegung der Kriegsgesetze; der Krieg als solcher bleibt ruhig weiter bestehen als der letzte blutige Trupp im Interessenstreit des Militarismus und Kapitalismus, „der letzte Wurf in dem alten Spiel.“

Einen so kläglichen Ausgang hätten selbst wir nicht erwartet, die wir uns von jeder Ueberschätzung der Diplomatie der Militärstaaten frei wissen. Man muß sich die Abkommen im Einzelnen ansehen, um zu erkennen, wie wenig sie bedeuten.

Die „friedliche Erledigung internationaler Streitfälle“ ist in sage und schreibe 61 Artikeln geregelt, von denen jeder — nichts sagt. Im ersten Artikel erklären die Mächte, alle ihre Bemühungen aufwenden zu wollen, um die friedliche Erledigung internationaler Streitfälle zu sichern. Im Weiteren wird dann bestimmt, daß die Mächte, „bevor sie zu den Waffen greifen“, die guten Dienste befreundeter Mächte anrufen wollen, „so weit dies die Umstände gestatten.“ Es ist also völlig in das Belieben der kriegführenden Macht gestellt, ob sie die Vermittelung annehmen oder ablehnen will; dabei ist ausdrücklich festgesetzt, daß die Annahme der Vermittelung für die Kriegführung keine aufschiebende Wirkung hat. So ist die „Vermittelung“ im Ernstfalle nichts weiter als eine diplomatische Farce. Etwas Anderes ist auch die „internationale Untersuchungskommission“ nicht, die durch unparteiische Darstellung die Lösung der Streitigkeiten erleichtern soll. Im Ernstfalle wird keine der Mächte auf ihren Spruch warten, sondern loschlagen, wenn sie den Augenblick für günstig hält.

Das Abkommen setzt nun auch „internationale Schiedsgerichte“ fest; Schiedsprechung zwischen den streitenden Staaten „durch Richter ihrer Wahl auf Grund der Achtung vor dem Rechte.“ Zu diesem Zwecke ist ein ständiger Schiedshof eingesetzt, der im Haag ein internationales Bureau unterhält. Die Schiedsrichter sind für einen Zeitraum von sechs Jahren gewählt. Den Staaten ist es nun völlig freigestellt, ob sie die Schiedsrichter anrufen wollen oder nicht, die Schiedsgerichtsbarkeit kann auf die Kriegsstreitfälle ausgedehnt werden „wenn die Parteien übereingekommen sind, diese Schiedsgerichtsbarkeit anzurufen.“ Eine Verpflichtung, sie anzurufen, besteht in keiner Weise. Es ist nur im Artikel 27 vorgelesen, daß die Mächte es „als ihre Pflicht anerkennen“, wenn ernstliche Konflikte ausgebrochen sind, die zwei streitenden Länder „daran zu erinnern, daß ihnen der ständige Schiedshof offen steht.“ Weiter läßt sich wohl die Wehnbarkeit eines Paragraphen nicht treiben und die Mächte haben denn auch kein Mittel festgesetzt, durch welches sie die Länder zwingen könnten, sich einem gefälligen Spruch zu fügen. So ist das ganze Schiedsgerichtsverfahren im Ernst-

falle nur eine diplomatische Formsache, welches zur Beilegung der blutigen Kriegsgreuel nicht das Mindeste beiträgt.

Birkamer hat die Konferenz zu arbeiten versucht hinsichtlich der Festlegung der Bestimmungen über die Geseze und Gebräuche des Krieges. Bleibt auch der blutige Krieg bestehen, so liegt in diesen Bestimmungen, zunächst über die Behandlung der Kriegsgefangenen, doch eine Konzeption an die fortschreitende Kultur und Menschlichkeit, der sich auch der Militarismus nicht entziehen kann. Er kann in Zukunft mit dem besiegten Feinde nicht mehr schrankenlos schalten und walten. Dennoch aber vermögen auch diese Bestimmungen die Schrecken unserer modernen Kriegsführung kaum zu mildern.

Das Abkommen über das Verbot des Werfens von Sprengstoffen aus Luftschiffen u. s. w. zeigt deutlich, in welcher Verlegenheit sich der Militarismus mit seiner ins Feld gestellten millionenköpfigen lebendigen Kriegsmaschine, die um so schwerer beweglich wird, je größer sie ist, gegenüber der modernen Entwicklung der Artillerie und der Sprengstoffe befindet. Große Befestigungsplätze, ganze Verbände würden durch aus der Luft geschleuderte Sprengstoffe einfach vernichtet werden können. Es wäre das Ende der stehenden Heere in ihrer heutigen Form. Die That-sache, daß das Abkommen, solche Sprengstoffe nicht zu verwenden, nicht für dauernd, sondern nur für fünf Jahre getroffen ist, beweist wohl, daß einzelne Mächte bereits mit der baldigen Verwendung solcher Sprengstoffe in der Kriegsführung rechnen.

Dem Zukunftskrieg ist durch dieses Abkommen nichts von all' dem Elend und Jammer genommen, welches in seinem Gefolge daherschleicht. Man sieht an der Art des Abkommens auch, daß es nicht möglich ist, den Militarismus und sein letztes brutalstes Mittel: den Krieg zu beseitigen, wenn nicht zuvor dem Kapitalismus sein Ende bereitet ist. Der Kapitalismus und die durch ihn erzeugten Interessenstreitigkeiten bedingen den Militarismus und den Krieg. Erst der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems wird das Ende der Kriegesgefahr sehen.

Oder umgekehrt! Denn es ist wohl Jedem klar, daß der Kapitalismus den europäischen Krieg, vor dessen heraufziehender Gefahr wir so lange stehen, als die gegenwärtigen Mühsungen anhalten, nicht überleben wird. Deutsche Generale sprechen die Hoffnung aus, im nächsten Kriege 4 Millionen Soldaten ins Feld stellen zu können. Bei der Unterbrechung der Seeverbindungen, die die direkte Folge der Kriegserklärung sein wird, werden diese kämpfenden Massen aller vorhandenen Vorräthe und Zufuhren bedürfen. Unter der daheim bleibenden Bevölkerung wird die schrecklichste Hungersnot ausbrechen. Zugleich aber wird aller Abjaß stocken und alle Arbeit wird unterbrochen sein. Der Staat wird sich das Geld zur Kriegsführung durch vermehrte Ausgabe von Papiergeld verschaffen müssen. Die Geldbesitzer werden ihr Kapital verlieren, weil alle Werthe stürzen. Die ausbrechenden finanziellen Wirren werden ein entsetzliches wirtschaftliches Elend, das die Bölder nicht ertragen können, zur Folge haben. Sparkassen, Pensionskassen, Bankhäuser, Kreditinstitute werden bekümmert werden von denen, die ihr Geld in ihnen angelegt haben, ohne daß sie den Anforderungen Genüge leisten könnten. Die Fabriken, Bergwerke und Betriebe liegen todt da, neue Anleihen können nicht untergebracht werden, und wenn der Sieger in Feindesland einzieht, wird er eine bankrotte Gesellschaft, wenn er wieder heimkehrt, bei sich das Gleiche finden.

Der Kapitalismus ist zusammengebrochen, und so fehlt dem Militarismus die Grundlage zur Aufrechterhaltung seines Systems. In dieser Situation muß das eintreffen, was Bebel einmal so richtig sagte: der Sozialismus wird der Gesellschaft wie eine Erlösung erscheinen.

Von diesen Gesichtspunkten haben freilich die Haager Diplomaten sich nicht leiten lassen, und so ist in der ganzen langen Tagung nichts herausgekommen als diese Vorschriften für die Kriegsführung und ein Schiedsgericht, welches keine Macht hat.

Erst der Sozialismus wird der Kulturmenschen den ewigen Frieden bringen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die zollpolitische Minister-Konferenz wurde am Dienstag, Vormittag 11 Uhr, im Bundesrathssaal des Reichsamts des Innern durch den Reichskanzler Grafen v. Bülow eröffnet. Außer dem Reichskanzler, der in Begleitung des Geheimraths v. Wilnowski erschienen war, nahmen noch folgende Herren theil: Für das Reich: Staatssekretär des Innern, Staatsminister Graf v. Posadowsky-Wehner, Direktor Bernuth, Geh. Reg.-Rath Wolfram, Geh. Reg.-Rath van der Borgt, Staatssekretär des Reichsschatz-amts Frhr. v. Thielmann, Unterstaatssekretär v. Fischer, Geh. Reg.-Rath Blau, Staatssekretär des Auswärtigen Amts Frhr. v. Richtigshofen, Unterstaatssekretär v. Mühlberg, Dir.

v. Körner, Geh. Legat.-Rath Johannes; für Preußen: Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben, Geh. Ober-Finanzrath Rodas, Minister für Landwirtschaft v. Rodbielst, Geh. Reg.-Rath Rapp, Minister für Handel und Gewerbe Möller, Geh. Ober-Reg.-Rath Lujensky; für Bayern: Staatsminister der Finanzen Frhr. v. Mielde, Staatsminister des Innern Frhr. v. Feilitzsch, Ministerialrath Hoehstetter, Ober-Reg.-Rath Brettreich; für Sachsen: Staatsminister, Minister des Innern und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten v. Meißner-Reichenbach, Staatsminister und Minister der Finanzen v. Wagnor, Geh. Rath Fischer, Geh. Finanzrath Küger; für Württemberg: Staatsminister des Innern v. Bischof, Staatsminister der Finanzen v. Zeyer, Präsident v. Schider, Ministerialrath v. Schneider; für Baden: Minister der Finanzen Buchenberger, Präsident des Ministeriums des Innern Schenkel, Ministerialdirektor Scherer, Ministerialrath Ballweg; für Hessen: Staatsminister und Minister des Großherzoglichen Hauses, des Außern und Innern Rothe, Präsident des Ministeriums der Finanzen Gnauth, Gesandter Wirkl. Geh. Rath Dr. v. Reichhardt. Der Reichskanzler leitete die Berathung mit einer Ansprache ein, in der er nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ ungefähr Folgendes ausführte.

Bevor er die Konferenz eröffnete, möchte er vor allem seiner lebhaftesten und aufrichtigsten Genugthuung Ausdruck geben, die Herren Chefs der zukünftigen Verhandlungen aus den größeren Bundesstaaten hier versammelt zu sehen. Mit Freude begrüße er die geehrten Herren, einmal weil er wisse, daß das große Werk des neuen Zolltarifs nur gewinnen könne durch Rücksprache mit so erfahrenen und so sachverständigen Staatsmännern, dann aber auch, weil er in dem Erscheinen der Herren einen Beweis erblicke für das so wünschenswerthe und notwendige gute Einvernehmen unter den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten. Je vollständiger Uebereinstimmung hinsichtlich der wichtigsten Grundzüge der Tarifvorlage in ihren Besprechungen erreicht werde, um so mehr werde diese den wahren Bedürfnissen des deutschen Volkes dienen. Er sei überzeugt, daß diese Uebereinstimmung erreicht werden und daß auf diese Weise die Konferenz das Wohl des Reiches und aller seiner Glieder fördern werde.

Nachdem hierauf der bayerische Staatsminister Freiherr v. Riedel namens der auswärtigen Vertreter den Dank für die Einladung zu dieser Konferenz, die gewiß von bestem Erfolg sein werde, ausgesprochen hatte, wurde in die Verhandlungen eingetreten. Die Berathung dauerte bis 1 1/2 Uhr und wurde um 3 Uhr wieder aufgenommen. Ueber den Inhalt der Berathungen soll absolutes Stillschweigen bewahrt werden.

Für die Reichstagsersatzwahl in Memel-Heidenburg haben unsere Parteigenossen bekanntlich den Königsberger Genossen Otto Braun aufgestellt. Kandidat der liberalen Parteien ist der freisinnige Volksparteiler Kaufmann Schaad aus Memel. Die Konservativen wollen die Kandidatur dem Regierungspräsidenten Hegel in Gumbinnen anbieten, und die Littauer beabsichtigen, den Gutbesitzer Matschull in Misko zu nominiren. Der Wahlkampf verspricht also sehr heftig zu werden. Die Entscheidung wird jedenfalls in der Stichwahl fallen. — Der Wahlkreis war von 1871—1893 stets konservativ vertreten; von 1871—1891 war Molke sein Vertreter. Bei der Stichwahl im Jahre 1893 ging das Mandat an die freisinnige Volkspartei verloren mit 3687 Stimmen gegen 6042 konservativ. Im Jahre 1898 wurden für den konservativen Kandidaten 5557 Stimmen abgegeben, für den freisinnigen 3226, den Sozialdemokraten 3015 und den Littauer — die Littauer stellten zum ersten Male einen eigenen Kandidaten auf — 3504; in der Stichwahl wurde der littauische Kandidat mit 7818 gegen 6456 Stimmen gewählt. Wie es heißt, versuchen die Konservativen die Littauer zum Verzicht auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten zu bewegen, freilich bis jetzt vergeblich. Hoffentlich gelingt es, wie in Greifswald-Gruppen, auch diesen Wahlkreis den Brodwucherern zu entreißen.

Das rothe Kartell. Ihren Ritterhandschuh wirft die „Kreuzzeitung“ der nationalliberalen Partei zu. Sie sühnt sich in ihren heiligsten Rechten verletzt und heischt Sühne und Entschädigung. Sie veröffentlicht diese diplomatische Note:

„Gegenüber dem Hintzweife der „Konservativen Korrespondenz“ auf die Unterstützung, die die Nationalliberalen bei der letzten Reichstagswahl in Greifswald-Gruppen dem freisinnigen Kandidaten geleistet haben, bemerkt die „National-Zeitung“, es gereiche ihr zur Genugthuung, daß die Nationalliberalen zu dem „liberalen Siege“ wesentlich beigetragen haben. Zugleich mahnt sie dringend zu ebensolcher Unterstützung des für die Ersatzwahl in Memel-Heidenburg aufgestellten „liberalen“ Kandidaten.“

In Wirklichkeit hat in Greifswald-Gruppen der Kandidat der freisinnigen Vereinigung gegiegt und bezieht sich die Empfehlung der „Nationalzeitung“ bezüglich des Wahlkreises Memel-Heidenburg auf den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei. Die „Nationalzeitung“ tritt somit in gewissem Sinne für das „rothe Kartell“ ein. Uns wäre nun erwünscht, zu erfahren, wie die nationalliberale Parteileitung über diese

Haltung denkt. Sie steht jedenfalls nicht im Einklange mit den Beschlüssen, die, wie wir hören, in der letzten Sitzung des Zentralkomitees der nationalliberalen Partei gefaßt worden sind. Dort soll man vielmehr die Entschlossenheit bekundet haben, an der Politik der Sammlung der produktiven Berufsstände und insbesondere an der Forderung eines ausreichenden Schutzes der Landwirtschaft durch angemessene Zölle festzuhalten. Nun ist zwar, so oft einzelne Herren von der nationalliberalen Parteileitung auf ähnliche Widersprüche aufmerksam gemacht worden sind, regelmäßig entgegnet worden, daß die „National-Zeitung“ in den Kreisen der Partei ganz alleine stehe. Es hat allerdings auch Zeiten gegeben, wo diese Entgegnung den Thatsachen zu entsprechen schien. Gegenwärtig aber bläst, soweit es sich um die Stellungnahme zu den Konservativen handelt, die „Königliche Zeitung“ so ziemlich in dasselbe Horn, wie die „National-Zeitung“; auch ein Parteiführer wie Dr. Sattler schlägt den gleichen Ton an, und hin und wieder findet man sogar in der parteioffiziösen „Korrespondenz“ Anklänge daran. Auf wem soll man sich nun verlassen? Die Konservativen werden von der nationalliberalen Parteileitung eine runde Antwort verlangen müssen, wie sie sich zu jenen Kundgebungen stellt. Will sie dieselben nicht in unabweisbarer Weise offen mißbilligen, so wird die konservative sich als im Kriegszustande mit den Nationalliberalen befindlich betrachten müssen und dementsprechende Maßregeln treffen.

Darauf antwortet nur: die „National-Zeitung“ kühl und frech:

Wir bezweifeln, daß der Zentralvorstand sich unter irgend welchen Umständen zu einer derartigen Erklärung berufen erachten würde: wir leben nicht mehr in der Zeit des „Kartells“, und die Nationalliberalen in den östlichen preussischen Provinzen haben dasselbe Recht derartigen Fragen nach Maßgabe der Verhältnisse in ihren Landesteilen zu beurteilen, wie die Nationalliberalen in Bayern, Württemberg, Baden, Hannover, der Rheinprovinz etc. selbstständig nach Maßgabe ihrer heimatischen Zustände thun.

In dem Berichte der „Nationalliberalen Korrespondenz“ über die Sitzung des Zentralvorstandes ist übrigens, wie sich unsere Leser aus dem folgenden Artikel selbst überzeugen wollen, von der „Politik der Sammlung“ und „den angemessenen Zöllen“ über die die „Kreuzzeitung“ so vergnüglich schmäht, nichts zu lesen. Die „Nationalzeitung“ scheint daher im Rechte zu sein, wenn sie feststellt, die konservative Drohung mit dem Kriegszustande könne „in keinem Augenblicke weniger erschrecklich wirken als im gegenwärtigen.“ Die „Kreuzzeitung“ hat drum nicht aufgehört, über das „rotte Karrikel“, oder, wie sie nunmehr sagt, die „rotte Wahlsang“, zu jammern. Bald werden es sich auch die Nationalliberalen gefallen lassen müssen, als „Umstürzler“ und „Vaterlandslose Gesellen“ vertrieben zu werden. Welche Traue des Schicksals!

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei versammelte sich am Sonntag im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz Hammacher's zu einer Aussprache über die politische Lage. Parteioffiziös wird über die Ergebnisse der Versammlung berichtet: Man war darüber einig, daß die Partei an den Zielen einer maßvollen und ausgleichenden Politik zum Schutze der nationalen Art festhalten und ihr Bemühen dahin richten müsse, daß der Abschluß von langfristigen Handelsverträgen nicht unmöglich gemacht oder unnötig erschwert werde. „Diese Phrase hat man, so bemerkt sogar der der nationalliberalen Partei nahestehende „Hamb. Corr.“ dazu, mit einigen Variationen schon öfter gehört. Sie wird aber durch die Wiederholung nicht eindrucksvoller.“ Weiter beschränkte sich der Zentralvorstand mit dem landwirtschaftlichen Notstand und sprach die bestimmte Erwartung aus, daß der Staat in den betroffenen Gebieten eine kräftige Hilfsaktion einleiten lassen werde. — In diesem Punkt bedarf die preussische Regierung durchaus keines Ansporns mehr. Wie gemeldet wird, werden sich demnächst drei Minister in die Reichstagsgebäude begeben, um sich über die zu treffenden Maßnahmen zu informieren.

Das Urtheil in der Kroppfischen Mordthat. Das freisprechende Urtheil im Prozeß wegen Ermordung des Rittmeisters v. Kroppf ist bereits mitgeteilt. Aus der Urtheilsbegründung ist folgendes hervorzuheben: Das Kriegsgericht ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein Mord vorliegt. Unzweifelhaft sei der Thäter nicht eine Zivilperson, sondern eine Militärperson, und zwar ein Angehöriger der vierten Schwadron. Es bestche allerdings ein dringender Verdacht, daß Marten der Mörder sei, insofern jenes Verhalten vor und nach der That, andererseits fehlte zur That ein Motiv. Auch war die Möglichkeit zu berücksichtigen, daß Marten zur Zeit der Mordthat anderwärts gewesen sein kann. Damit fällt das Moment der Menteurheit und Marten waren wegen der Anklage des Mordes freigesprochen, ebenso Dominiq wegen Begünstigung. Marten war jedoch wegen Fahnenflucht und Freiheitsberaubung zu einem Jahr Gefängnis und Degradation zu verurtheilen. Wegen des Vorliegens erheblicher Verdachtsmomente findet keine Anrechnung der Untersuchungshaft statt. — Das in der zweiten Stunde bekannt gewordene Urtheil rief, wie gemeldet wird, in der Stadt Gumbinnen unbescholtene Freude hervor.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Unter der Anklage der Majestätsbeleidigung hatte sich am Sonnabend der Drechsler Johann Scheffert vor der ersten Strafkammer in Breslau zu verantworten. Der Angeklagte ist zu Verona als Sohn eines Oesterreichers und einer Italienerin geboren und nach österreichischer Unterthan. Wie aus der Urtheilsbegründung hervorgeht — die Verhandlung selbst fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt — hat die begehrte Liebe für seinen Kaiser den Angeklagten, als er einmal etwas betrunken war, zu der inkradanten Aeußerung hingeführt. Er unterhielt sich eines Tages im Herbst 1893 mit einem in Breslau naturalisirten Oesterreicher über den Kaiser von Deutschland und den Kaiser von Oesterreich, es entstand ein Streit und in der Erregung legte Scheffert dem Kaiser des Anders — also den Deutschen Kaiser — eine sehr beleidigende Bezeichnung bei. Das Strafverfahren gegen Scheffert zog sich dann etwas in die Länge, weil er inzwischen ein einige Zeit in Privatangelegenheiten nach Oesterreich gegangen war. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten in Rücksicht darauf, daß er Oesterreicher ist und bei Verurteilung der Beleidigung nicht wichtiger war, zu verhältnismäßig mäßiger Strafe von zwei Monaten Gefängnis. — Als die Kaiserin am Abend

des 25. April von Glüdsburg kommend Hensburg passirte, machte der Arbeiter Joh. Jensen eine unflätige Aeußerung über die Kaiserin, als deren Equipage beim Posthause vorüberfuhr. Bei seiner Abführung nach der Polizeiwache widersetzte Jensen sich dem Nachschutzmann Nielsen. Die Strafkammer in Hensburg erkannte gegen Jensen auf eine Gesamtstrafe von sieben Monaten Gefängnis. Jensen ist schon 25 Mal wegen aller möglichen Vergehen verurtheilt.

Kleine politische Nachrichten. Aus Kula (Westpreußen) wird der Berliner „Vollzgt.“ berichtet: Die Gemeindevorsteher Feuzle und Biber aus dem hiesigen Kreise sind nach der „Gazeta Torunsta“ beschuldigt, daß sie als Vorsitzende des Wahlbureaus bei den letzten Reichstagswahlen sich Unregelmäßigkeiten zu Gunsten des deutschen Kandidaten, des Landwirthschaftsdirrektors Geismann-Thorn, haben zu Schulden kommen lassen. Die Untersuchung gegen die Beiden ist eingeleitet. — Neue Arten von rauchlosem Pulver werden wieder einmal geprüft. Zu diesem Zweck ist eine Erweiterung des Versuchswalles am Berlin-Brandenburger Schiffsfahrkanal erforderlich geworden. Die Versuche wurden bisher mit Granaten auf eine Strecke von 50 Meter ausgeführt; jetzt wird eine Schrägenfernung von 100 Meter hergestellt. Bei diesen Proben handelt es sich hauptsächlich um die Ermittlung der Verbrennungsfähigkeit der Pulverarten. — Die Telegrammenagentur für den chinesischen Gesandten in Berlin, welche im Juli v. J. eingeleitet worden war, ist nunmehr, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mittheilt, aufgehoben worden. — Die Deutsche Reichspartei (Welfen und Gesinnungsgenossen in Hannover, Braunschweig, Hesse und Mecklenburg), die früher wiederholt ihren Kongress in Frankfurt a. M., 1899 in Cassel abhielt, wird ihren diesjährigen Kongress am 18. und 19. September in Braunschweig abhalten. — Die 14 Tage dauernde Aussperrung der Arbeiter der Tabakfabrik in Nordhausen hat mit einem Siege der Ausgesperrten geendet. — Die kaiserliche Regierung erließ eine strenge Verordnung zur Ueberwachung der Dienstbotenvermittlung. — Das hiesige Ministerium der Justiz hat neue Bestimmungen über die Stellung unter Polizeiaufsicht herausgegeben. Diese Maßregel soll, der „Fr. Ztg.“ zufolge, fortan nur dann stattfinden, wenn begründete Besorgnis besteht, daß der Verurtheilte die wiedererlangte Freiheit in gemeingefährlicher Weise mißbrauchen werde. Weiter hat das Ministerium verfügt, daß, solange ein Verurtheilter einer geordneten Fährnis untersteht, alle Schritte, die geeignet sind, ihm eine geordnete Thätigkeit zu erschweren, wie z. B. Erlaubigung nach ihm durch Polizeibeamte, vermieden werden sollen. — Die Session des schwedischen Reichstages wurde Dienstag durch den König geschlossen. — Die „Independance Belge“ meldet, daß der belgische Ministerrat Dienstag beschlossen, die Frist für die Uebernahme des Kongresses auf 10 Jahre festzusetzen. Ueber die Frage betreffs Uebernahme der Eisenbahn sei nicht verhandelt. — Die französische Kammer erledigte Dienstag eine Reihe kleinerer Vorlagen und begann dann die Generaldebatte über den Gesetzentwurf der Arbeiter-Alters- und Invaliden-Versicherung, in der als erster Redner der Kommissions-Berichtersteller Gouteux das Wort ergriff. Er konstatarie, daß alle Parteien über die Nothwendigkeit des Gesetzes einig sind und daß nur die Frage, wie die Geldmittel aufgebracht werden sollen, unklar sei. Die Budgetkommission der Deputirtenkammer nahm mit 17 gegen 13 Stimmen einen Antrag an, wonach die Einkommensteuer im Betrag von 100 Millionen für 1902 aufgenommen werden soll. — Die türkische Regierung hat den in der Türkei zugelassenen Advokaten unterstellt, vor türkischen Gerichten zu plaidiren, falls sie nicht ein Zeugnis einer türkischen Rechtschule besitzen. Die in Konstantinopel anwesigen fremden Advokaten sind zusammengetreten, um über gemeinsame unternehmerische Schritte zu berathen. — Die freisiche Deputirtenkammer beschloß, den Vätern den Wunsch auszusprechen, an Griechenland angegliedert zu werden und beschloß ferner, eine Kommission zu ernennen, um die administrativen Maßnahmen der Regierung zu kontrolliren. Die Väter werden den Ratern wohl kaum den gewünschten Gehorsam thun. — In einer Grube bei Fron Mountain (Michigan) ereignete sich durch einen unglücklichen Zufall eine Dynamit-Explosion, durch die 8 sächsische und italienische Arbeiter getödtet wurden.

Italien. Sozialismus und Offizierspflicht. Man schreibt unserem Wiener Bruderblatt aus Rom: „Im italienischen Parlament kam jüngst ein interessanter Fall moderner Inquisition zur Sprache. Ein Reserveoffizier, Francesco della Grifa, war durch Disziplinarverfahren zum gemeinen Soldaten degradirte, weil er Sozialist und Mitglied der Exekutivkommission der Arbeitskammer in Turin war. Der Kriegsminister meinte zwar, daß sei kein Unglück, denn ein wenig Sozialisten sind mir alle.“ Der Offizier hätte aber auf die Frage, ob er im Falle eines Konfliktes mit der Menge seine Pflicht thun werde, die Antwort verweigert. Genosse Rossi gab daraufhin die dem della Grifa vorgelegten Fragen in ihrer ganzen jesuitischen Verfangenheit zum besten. Der Offizier war gefragt worden: 1. was er thun würde gegenüber Arbeitern, die aus Hunger Unruhen veranlassen und die Soldaten zum Gebrauch der Waffen nöthigen; 2. wie er sich der Order gegenüber verhalten würde, seinen Soldaten Befehl zum Feuern auf eine durch Hunger zu Ausschreitungen getriebene Arbeitermasse zu geben. Er erklärte: „Auf solche Fragen antworte ich nicht“, und wurde degradirte. Wer nicht auf seine hungernden Brüder zu schießen bereit ist, ist nicht werth, italienischer Offizier zu sein. Das ist eine kostbare Erklärung, eine unabweisbare Selbstcharakterisierung unseres Offiziersstandes. Es gibt gar mancher wegen Beleidigung der Arme hinter Schloß und Riegel, der das Herz weniger verächtlich gemacht hat als der Disziplinargerichtshof in Turin, indem er die Alternative stellt: entweder ausländischer Mensch — oder Offizier. Daß man Sozialisten nicht in leitenden Stellungen im Heere duldet, liegt in der Logik des Klassenkampfes. Daß aber ein aus italienischen Offizieren bestehender Gerichtshof keinen andern Konflikt zwischen sozialistischen Prinzipien und Offizierspflicht anzudeuten weiß als den zwischen dem natürlichen heiligen Erbsenen mit der That hungernder Rittmenschen und der konventionellen Verpflichtung, die Aeußerung dieser That mit den Waffen niederzuhalten — das zeigt an, daß unser Militarismus selbst zum Bewußtsein gekommen ist, daß er feindliche Ideologien mehr auf seiner Seite hat.“

Portugal. Das letzte Rettungsmittel reaktionärer Staatskunst soll wieder einmal in Portugal zur Anwendung gelangen. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Lissabon wird die Regierung die Kammer auflösen und die Diktatur erklären. Alsdann wird sie zunächst nur das Weingefetz betreffen.

Transvaal. Auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatz ist die Lage für die Engländer zweifellos wieder überaus unbehaglich worden. Im englischen Volk, das die Nachteile der Chamberlain'schen Politik nunmehr auch durch die neuen Steuern zu fühlen kommt, wächst dabei die Unzufriedenheit über die lange Dauer des Krieges und über die Art der amtlichen Berichterstattung. Der Kriegsrath erklärt in Folge dieser Volksstimmung gegenüber dem in London verbreiteten Gerücht, das Kriegsgeld habe nicht ihm in letzter Zeit vom Kriegsschauplatz in Südafrika zugegangene Mittheilungen veröffentlicht, jetzt eine amtliche Erklärung, daß es feststeht, daß alle Meldungen, die ihm über die Geschehnisse jüngsten Zeit in Südafrika von Lord Kitchener zugegangen sind, auch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wurden.

Ein Telegramm aus Kapstadt bezeichnet als Ort, wo ein Gefecht am 31. Mai stattfand, Blakfontein in der Nähe von Krugersdorp, nicht Blakfontein an der Bahn von Johannesburg nach Natal. Wie Kitchener Dienstag nach London ausführlicher meldete, berichtete ihm Oberst Dixon, daß an dem Kampfe bei Blakfontein, wo die Engländer so jämmerliche Prägeln bekommen haben, 1450 Engländer der sieben Geschützen betheiligte gewesen seien. Die Truppe habe sich auf dem Rückmarsche nach dem Lager bei Blakfontein befunden, als die Buren, geleitet durch das Terrain, plötzlich das Feuer auf die Nachhut eröffnet haben, welche aus 2 Mann Yeomanry und 100 Mann vom Derbyshire-Regiment aus zwei Geschützen von der 28. Batterie bestand. Es gelang den Buren, sich eine Zeit hindurch der Geschütze bemächtigen, als aber die Hauptmacht der englischen Truppe in den Kampf eingriff, wurden die Geschütze wieder genommen, der Feind vertrieben und seine Stellung erobert. Auf englischer Seite seien sechs Offiziere und 51 Mann, sechs Offiziere und 115 Mann wurden verwundet, ein Offizier und sieben Mann werden vermisst. 41 Buren wurden tödtet und Schlachtfelder zurückgelassen, von weiteren Verlusten der Buren ihm nichts bekannt. Kitchener bemerkt, es seien sofort Berichtungen nach Blakfontein gesandt worden.

Auch in der Kapkolonie sind die Burenkommandos immer häufiger bei der Arbeit. So meldet ein Wolff'sches Telegramm aus Kapstadt vom Montag: „Die Stadt Westmore wurde vorgestern von einem 700 Mann starken Burenkommando unter Scheepers angegriffen. Die Stadt wurde schließlich mit einem Verlust von zwei Todten und drei Verwundeten zurückgeworfen. Ein anderes Burenkommando unter Fouché bedrohte gestern James Town. Nach einer amtlichen Mittheilung über die Lage in der Kapkolonie hat Krüger's Kommando, durch einige andere Burenkommandos verstärkt, mit im ganzen etwa 700 Mann bei Bahulinie südlich von Stormberg überschritten. Ein anderes Kommando steht südlich von Venterbad, zu ihm gehören nennhundert 100, vermutlich von Synnon befehligte Buren, die den Drangstein bei Venterbad und die Bahulinie bei Venterbad überschritten. Außerdem befinden sich kleine Kommandos in den Bezirken Fishriver und Margistad.“

Einer Meldung der „Central News“ aus Kapstadt zufolge eine Zusammenstellung des von den Buren während des letzten Jahres angerichteten Schadens veröffentlicht. Danach sind auf dem westlichen Theile des Kaplandes alle 49 Brücken und Ueberführungen meist durch Dynamit zerstört und für 20 000 Pfd. Sterling Schaden angerichtet. Auf den anderen Theilen des Kaplandes ist der Schaden im Verhältnis ähnlich groß. Interessanter, wichtiger wäre jedenfalls die Zusammenstellung über die Nordbrennerie der Engländer auf den Farmen der im Felde stehenden Buren. Was die Buren zerstört haben, war nothwendig, um den Feind, der nutzlos ins Land gebrungen ist, wieder hinaus zu werfen. Die Engländer zerstörten dagegen muthwillig und aus Wuth darüber, daß es dem großen Britenreiche nicht gelingen will, die Burenhäupter klein zu kriegen.“

Aus einer neueren Depesche erfährt man endlich, was das meldete Geschehen von Botha's Bevollmächtigten, Tobias Smit's in englischen Lager zu bedeuten hat. Aus Durban wird vom 1. Juni berichtet: „Die in Standerton zwischen Kitchener's und Botha's Vertretern stattfindenden Verhandlungen bezwecken den Vorschlag von englischer Seite die Herbeiführung eines 14-tägigen Waffenstillstandes zu weiteren umfassenderen Friedensverhandlungen.“ Also Kitchener hat um Waffenstillstand gebeten!

Ein Transport von 500 kriegsgefangenen Buren ist nach der „Times“ am Montag in Madras eingetroffen und am Abend mit der Eisenbahn nach Trichinopoly geschickt worden.

Vereinigte Staaten. Der Klassenkampf in den Vereinigten Staaten nimmt oft, wie schon aus vielen früheren Ereignissen bekannt, eigenartige Formen an. Ueber neue Vorkommnisse dieser Art wird dem „Hamb. Echo“ aus New York, 21. Mai geschrieben: In der vorigen Woche kam einer derjenigen Streiks zu unerwartet schnellem Ende, welche in der Vergangenheit im Gefolge haben, nämlich derjenige an den Straßenbahnen in der Hauptstadt des Staates New York, Albany (und der benachbarten „Aragen- und Manchestersstadt“ Troy). Und auch diesmal ist Blut geflossen und sind Menschenleben zum Opfer gefallen. Es waren zwar nach Eintritt des Streiks keine „Unruhen“ vorgekommen, nur daß ein mit „Streikbrechern“ beladener Zug mit allerlei Wurfgeschossen attackirt worden war; trotzdem beorderte der Gouverneur auf das erste Verlangen Militärtruppen nach Albany. Deren Einzug war als von einem „bösen Dämon“ begleitet, indem Adjutant-General Hoffman, die „rechte Hand“ des Oberkommandanten der Truppen, durch die Anführung einen Schlaganfall erlitt, der er am selben Tage erlag. (Der Herr war übrigens derartige „Kriegsdienste“ gewöhnt, da er schon bei dem großen Eisenbahnstreik 1887 sowie bei dem der Weichensteller Buffalo 1892 thätig gewesen ist. Da es in den Berichten über jenen Vorfall heißt, daß H. gleich nach der Ankunft Gemeinschaft mit anderen Offizieren ein „kräftiges Frühstück“ genossen habe, so ist die Ursache des Schlaganfalls also eher im Magen zu suchen). Schon das erste Auftreten der Militär hatte einen „Erfolg“, dem zweifellos die schnelle Beendigung des Streiks zuzuschreiben ist: sie erschloffen nämlich zwei ruhig vor ihren Tüchern stehende Geschützstände und brachten einem Dritten schwere Verwundungen bei. Darob natürlich ungeheure Entrüstung unter der gesamten Bürgerschaft, Konferenzen „prominenter“ Angehöriger derselben mit den Stadthauptern, denen solche der Befehre in der Bahnwartung folgten, welche sich nach einigem Zögern bereit erklärte, mit den Arbeitern in Unterhandlung zu treten. Ein Kompromiß war das Resultat, in welchem eine Lohn-erhöhung zugestanden wurde, während andererseits von Entlassung der Nichtunionleute und Anerkennung der Union stand genommen ward. — Gleich nach Bekanntwerden der Uebereinkommen verschwanden spurlos eine Anzahl „Stabs“, welche die Gesellschaft angeworben hatte, um natürlich Aufsehen zu erregen. Bald aber stellte sich heraus, daß man es bei Einführung derselben mit einem „Erdbeben“ der Bahnwartung zu thun gehabt hatte; es waren dies näm-

lich „Pintertonianer“ gewesen. Bei den ca. 60 vermeintlichen „Streikbrechern“, welche mit dem Eingangs erwähnten Zug eingetroffen waren, gehörten 40 jener professionellen Nordbande an; 8 von ihnen waren bei der Gelegenheit abgegriffen und hatten sich nach dem Hauptquartier der Streiker führen lassen (die sich die ganze Zeit über von den Straßen fernhielten), wo sie erklärten, daß sie unter falschen Vorwänden angeworben worden seien. Sie erhielten Unterstützung und trieben sich seitdem unter den Streikern herum, um der Bahngesellschaft Spiondienste zu leisten! Einer von ihnen, dem ein Streiker Quartier in seiner Wohnung gegeben hatte, legte nach Beendigung des Streiks ein begütigendes „Bekennniß“ ab. Noch eine Episode ist erwähnenswert. Als die von Brooklyn nach Albany beorderten Militäer (unter denen sich, nebenbei bemerkt, auch Arbeiter der B'nghen Straßenbahnen befinden) in ihre Waffenkammer zurückgezogen waren, hielt der Regiments-Kommandeur eine Ansprache, in der es hieß: „Ich hoffe, daß Sie sich stets dieses Aufes der Pflicht erinnern und daß Sie die Vorfälle in Albany immer mit Genuß erzählen werden!“

China.

Vom Chinawirtware. Wegen der Untersuchung über den gemeldeten Vorfall in der Takustraße in Tientsin hat Graf Waldersee seine Abreise nach Japan verschoben. Uebrigens scheint der Vorfall eine viel ernstere Bedeutung zu haben, als die gestern mitgetheilte Wolffsche Depesche vermuthen ließ. Wenigstens meldet Reuters darüber: Ein erster Zusammenstoß erfolgte Sonntag Abend auf der Straße nach Taku, als einige walisische Fülliere, die Polizeidienst thaten, einige französische Soldaten daran hindern wollten, in ein Haus einzubringen, und dafür mit Bajonetten und Ziegelsteinen angegriffen wurden. Die Engländer schossen zu ihrer Vertheidigung in die Luft. Dies brachte eine Anzahl Deutsche herbei, die den Franzosen zur Hülfe eilten, so daß im Ganzen 200 Mann beisammen waren. Schließlich eröffneten fünf der Fülliere Feuer, tödteten einen französischen Soldaten, verwundeten drei andere und verwundeten auch fünf Deutsche. Vier der Fülliere und ein Japaner wurden leicht verwundet. Durch Ankunft eines deutschen Offiziers mit starker Patrouille wurde der Schießerei ein Ende gemacht. — In dem Wolffschen Telegramm war wohlweislich verschwiegen, daß auch deutsche Soldaten verwundet wurden. Warum diese Vertuschung?

Lübeck und Hochbargelände.

Mittwoch, den 5. Juni.

Achtung Genossen! Wir weisen nochmals auf die am Donnerstag Abend im Vereinshaus stattfindende, seitens des Gewerkschafts-Kartells arrangirte Vorführung lebender Riesen-Photographien hin, in der Hoffnung, daß sich die Arbeiterschaft recht zahlreich an dieser interessanten Veranstaltung beteiligen wird.

Das Lübecker Gewerkschaftskartell hat Dienstag Abend mit Bezug auf die Aussperrung der Tabakarbeiter in Nordhausen beschlossen: „Die Delegirten werden beauftragt, in ihren Gewerkschaften über die Nordhäuser Aussperrung von ca. 1000 Tabakarbeitern zu berichten und dahin zu wirken, daß die Nordhäuser Fabrikate so lange seitens der Genossen gemieden werden, als die Fabrikanten sich nicht zu einer Einigung verstehen.“ — Dieser Beschluß gelangt zu derselben Zeit in unsere Hände, wo gemeldet wird, daß es in Nordhausen bereits zu einer Einigung gekommen ist. Wie aus den „All. politischen Nachrichten“ hervorgeht, hat der von den Fabrikanten herausgeschickte Kampf mit einem vollen Siege der ausgesperrten Arbeiter geendet. Mehrere meist gut unterrichtete Blätter melden sogar, daß die Arbeiter bereits wieder überall die Arbeit aufgenommen haben.

Eine Vorlesung über Subordination hält die „Eisenbahnzeitung“ dem „Generalanzeiger“, weil er das sicherlich schuldige Verbrechen begangen hat, die Namen der in den unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefundenen Bezirksversammlungen des Vaterstädtischen Vereins aufgestellten Kandidaten stets bekannt zu geben. Also faucht der Redaktionsgefahre der „Eisenbahnzeitung“, der wie kein anderer weiß, was Subordination ist, den armen „Tobias Stillbergmüt“ an, nachdem er selbst die Kandidatenliste mitgeteilt und sich somit zum Mitschuldigen gemacht hat: Wir würden diese Kandidatenliste, die natürlich auch unbekannt geworden ist, nicht veröffentlichen, weil der Vorsitzende des Vaterstädtischen Vereins, Herr Landrichter Dr. Vanda, wiederum, und gestern Abend ganz besonders, die Presse eruchte, eine Veröffentlichung der Kandidatenliste erst dann vorzunehmen, wenn dieselbe vollständig sei und aus allen 4 Quartieren vorliege. Nachdem diesem Wunsch nur Diskretion von anderer Seite nicht stattgegeben worden ist, fällt natürlich auch für uns die Verpflichtung des Schweigens. Wir können aber nicht umhin, unserem Mißfallen darüber Ausdruck zu geben, daß der „General-Anz.“ das ihm vom Vaterstädtischen Verein gewährte Gastrecht wiederum mißbraucht hat. Ob die Gründe, die der Vaterstädtische Verein für die Nichtveröffentlichung sich haltig sind oder nicht, ist in diesem Falle ganz gleichgültig.

Vielleicht nimmt in nächster Zeit „Tobias Stillbergmüt“ eine Lektion über Subordination bei Herrn Heise.

Ein Streik der Kohlenarbeiter der Firma L. Possehl u. Co. ist, wie bereits kurz gemeldet, am Dienstag Morgen zum Ausbruch gekommen. Die Ursache desselben ist folgende: Zwischen den Kohlenarbeitern und ihren Arbeitgebern bestand bis zum 1. Juni cr. eine Tarifgemeinschaft. Bereits vor mehreren Monaten wurde seitens der Kohlenarbeiter ein neuer Lohnvertrag ausgearbeitet, der am 1. Juni in Kraft treten sollte. Dieser Lohnvertrag wurde den einzelnen Arbeitgebern mit dem Ersuchen um Genehmigung zugestellt; die Firma Possehl u. Co. erhielt denselben am 30. April d. J. Den Arbeitern wurde auf ihre Eingabe seitens der Arbeitgeber keine Antwort zu theil; so kam der 1. Juni heran, ohne daß etwas Positives bezüglich des Lohnes abgemacht war. Am 3. Juni kam nun für die Firma Possehl u. Co. der Dampfer „Coburg“ in den hiesigen Hafen; es war der erste Dampfer in der tariflosen Zeit. Am Morgen des 4. Juni sollte mit der Kohlearbeit desselben begonnen werden. Da aber noch immer keine Antwort auf die Eingabe der Arbeiter erfolgt und auch keine anderweitigen Abmachungen zwischen der Firma und ihren

Arbeitern getroffen worden waren, beschloffen die nicht festangestellten Arbeiter, vorerst mit der Firma Rücksprache zu nehmen, resp. bei derselben anzufragen, ob sie den neuen Lohnvertrag, Mk. 18.— statt bisher gezahlter Mk. 17.— per engl. Keel (21,5 Tons) an Land, anerkennen wolle. Gegen 10 1/2 Uhr kam der Vorarbeiter Schröder mit dem Bescheid zurück, daß die Firma nur Mk. 17.— bezahlen wolle. Daraufhin legten sämtliche nicht festangestellte 24 Arbeiter die Arbeit nieder. Die festangestellten Arbeiter verblieben in Arbeit, weil zwischen ihnen und der Firma ein fester Vertrag besteht, nach welchem eine vierwöchentliche Kündigungsfrist und eine Kautionsleistung von Mk. 150.— vereinbart worden ist. Von den festangestellten Arbeitern arbeiten 4 Mann an Bord, die übrigen auf dem Plage. Diese paar Mann sind jedoch nicht im Stande, die Arbeit bewältigen zu können. Dienstag Mittag gegen 1 1/2 Uhr lief endlich bei der Lohnkommission folgendes Schreiben der Firma ein:

Lübeck, d. 4. Juni 1901.
An die Lohnkommission der Kohlenarbeiter.

Im rechtzeitigen Besiz Ihrer gest. Zuschrift vom 30. April d. J. wollen wir Ihnen die Bedingung wegen (11) mittheilen, daß wir die von Ihnen verlangte Erhöhung laut dem uns überreichten neuen Lohnvertrag infolge der allgemeinen schlechten Geschäftslage nicht bewilligen können. Im Uebrigen sind wir der Ansicht, daß die bisher gültigen Abfindungen den heutigen Verhältnissen durchaus entsprechen und einen guten Verdienst für die Arbeiter abgeben.

Hochachtungsvoll
L. Possehl u. Co.,
in Vollmacht
gez. Ringa. Khd.

Jetzt hatten die Arbeiter es schwarz auf weiß, daß die Firma ihre berechtigten Forderungen nicht bewilligen und auch keine Unterhandlungen einleiten wollte. Von Seiten der Firma waren inzwischen einige Ersatzleute aufgetrieben, die jedoch nach erhaltener Aufklärung seitens der ausländischen Arbeiter gar nicht erst angingen. Bergegenwärtigt man sich, daß die Löhne der Kohlenarbeiter seit 1890 eher gesunken als gestiegen sind, so kann die minimale Forderung der Streikenden angesichts der erhöhten Lebensmittel- und Wohnungspreise nur als berechtigt anerkannt werden; es steht zu erwarten, daß die Streikenden durch einmütiges Zusammenhalten bei genügender moralischer Unterstützung der hiesigen Arbeiterschaft den Sieg davontragen werden über die prozente Kohlenarbeiter-Firma. — Eine Dienstag Abend tagende öffentliche Kohlenarbeiterversammlung nahm nach eingehender Berichterstattung und längerer Diskussion folgende Resolution einstimmig an:

„In Erwägung, daß die Inhaber der hiesigen Kohlenämern nach Einreichung des neuen Lohnvertrags sich auf keine Unterhandlungen eingelassen, und irgend eine Lohnserhöhung nicht bewilligen zu können erklärt haben, erklärt die heute, am 4. Juni tagende Versammlung der Kohlenarbeiter Lübeck sich voll und ganz mit dem Vorgehen der Firma L. Possehl u. Co.“ beschäftigten Arbeiter einverstanden und verpflichtet die Streikenden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften zu unterstützen.“

In dieser Versammlung wurde noch darauf hingewiesen, daß die Redereien für die Entlohnung der Kohlendampfer bis zur Reelung 16 Mk. per engl. Keel an die Kohlenfirma bezahlen, während die Arbeiter für diese Arbeit von den Firmen nur 10 Mk. per Keel inkl. Geschirrgeld erhalten. Das „heißt ein Geschäft“. Im Zustande befindlich sich 24 Arbeiter, darunter 22 Verheirathete mit 59 Kindern. Es ist nunmehr die Pflicht der Lübecker Arbeiterschaft, durch Fernhaltung des Zuganges der Streikenden in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen.

Arbeitswillige gesucht. Die Firma L. Possehl u. Co. sucht durch Inserat im hiesigen „Generalanzeiger“ tüchtige Arbeiter bei einem Tagesverdienst von ca. 7-8 Mark. (??) Da sich die Arbeiter der obigen Firma im Zustande befinden, wird hoffentlich kein Lübecker Arbeiter seinen kämpfenden Brüdern in den Rücken fallen.

Ueber die Wohnungs- und Lebensmittelpreise in den Jahren 1896 und 1900 sind seitens des Tarifamtes der deutschen Buchdrucker Erhebungen angestellt worden, indem den Behörden von etwa 500 deutschen Städten diesbezügliche Fragebögen zugesandt wurden, die auch in 388 Fällen Beantwortung fanden. Diese Statistik, welche zur Begründung der Forderungen der Buchdrucker-Gehilfenschaft bei der demnächstigen Tarifrevision ein nicht zu unterschätzendes Material bilden wird, enthält recht interessante Angaben über die stetige Steigerung der Preise alles dessen, was der Arbeiter unbedingt zur Lebens- und Nothdurft braucht. Zu bedauern ist, daß die Angaben nur bis 1896 zurückreichen; namentlich die Miethepreise sind seit Anfang der neunziger Jahre unheimlich in die Höhe geschneilt, und würden antike Ziffern dies bestätigen müssen. Aus Lübeck werden folgende Zahlen angegeben (Die eingeklammerten sind die des Jahres 1896): Die Miethepreise im Jahre 1900 betragen für Wohnungen von 2 bis 3 Zimmern nebst Zubehör durchschnittlich 250 Mk. (200 Mk.) in der Stadt und deren nächster Nähe, in der weiteren Umgegend bis zu einer Stunde Entfernung 140 (120) Mk. Man bezahlte für Rindfleisch pro Kilo 1,12 (1,11) Mk., Schweinefleisch 1,18 (1,13) Mk., Kalbfleisch 1,42 (1,44), Hammelfleisch 1,36 (1,34) Mk., Butter 2,34 (2,30) Mk., Schweinefett 1,34 (1,34) Mk., Weizenmehl 26 (27) Pf., Roggenbrod 20 (17) Pf., Reis 59 (54) Pf., Kaffee 3,11 (3,32) Mk., Zucker 60 (56) Pf., 1 Mandel Eier wurde bezahlt mit 1,07 (0,94) Mk.; 1 Zentner Kartoffeln mit 2,41 (3,37) Mk., 1 Liter Milch mit 16 (16) Pf., 1 Liter Lagerbier mit 30 (30) Pf. Die Preise für volle Pension in einem bürgerlichen Hause betragen 540 (480) Mk. — Soweit die amtlichen Angaben der Statistik speziell für Lübeck. Manchem Leser mag mit uns erscheinen, daß die Preise nicht ganz dem entsprechen, was man selbst zu zahlen gezwungen ist; es scheinen mehr Engrospreise zu sein. Immerhin ist es von großer Bedeutung, zu sehen, daß selbst behördlicherseits die fortwährende Preissteigerung zugegeben werden muß.

Der Ausschuss der Landesversicherungs-Anstalt der Hansestädte hielt heute Nachmittag eine Sitzung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vorlage, betreffend Erbauung eines neuen Viehhaltungsgebäudes bei der Heilstätte Oberberg. 2. Vorlage, betreffend Bildung eines Rückversicherungsverbandes wegen Vertheilung der Kosten des Heilverfahrens. 3. Vorlage, betreffend Wahl von Beisitzern bei

den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung. Bericht über diese Sitzung folgt.

Gegen den Brodwucher. Die Agitation gegen den Brodwucher wurde dieser Tage auf der Halbinsel Broder, welche zum 1. Schlesw.-holst. Wahlkreis gehört, betrieben. Einige Flensburger Genossen verbreiteten dort deutsche und dänische Flugblätter.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landtage angenommen: Johann Friedrich Andt, Former. Heinrich Johann Joachim Bannow, Kaufmann. Dr. phil. Eduard Bloch, Oberlehrer am Katharineum. Ernst Ludwig Johann Bohm, Schiffszimmermann. Johannes Emil Ludwig zum Broot, Elementarlehrer. Hans Joachim Jacob Bruje, Arbeiter. Heinrich Friedrich Herman Wendelin Burmeister, Schänktwirth. Johann Joachim Heinrich Christian Peter Buschow, Schlossergehülfe. Johann Nicolaus Digen, Pastor. Friedrich Dräger, Schaffner. Gustav Dühring, Kellner. Joachim Heinrich Friedrich Faack, Arbeiter. Johannes August Wilhelm Fock, Kaufmann. Wilhelm Karl Johann Gled, Straßenreiner. Wilhelm Friedrich Peter Heinrich Groth, Restaurateur. Johann Friedrich Magnus Grünte, Zimmermann. Karl Friedrich Heinrich Gildenjupp, Schuhmacher. Hans Heinrich Haack, Arbeiter. Gustav Hamann, Krämer. Friedrich Johann Heinrich Joachim Hamack, Arbeiter. Ernst Georg Hinrich Hinz, Maurer. Hans Johannes Jensen, Elementarlehrer. Joachim Johann Friedrich Joern, Schneidergehülfe. Hans Heinrich Friedrich Kahns, Arbeiter. Ernst Friedrich August Klempau, Arbeiter. Carl Johannes Joachim Klockmann, Elementarlehrer. Johann Heinrich Christian Köhn, Kaufmann zu Moisling. Theodor Wilhelm Ernst Kruse, Gast- und Schänktwirth. Johann Hans Heinrich Carl Mahnte, Arbeiter. Fritz Heinrich Theodor August Eduard Mierjen, Schlossermeister. Karl Hinrich Wilhelm Müller, Arbeiter. Carl Hermann Conrad Friedrich Nimpff, Kanzlist bei der Allgem. Armenanstalt. Joachim Heinrich Johann Oberfeld, Arbeiter. Curt Wolfgang Pannier, Tapezier. Wilhelm Gottfried Heinrich Pechelhoff, Elementarlehrer. Klaus Heinrich Friedrich Plambek, Schlachtermeister zu Vorwerk. Heinrich Franz Theodor Postler, Tischlergehülfe. Johannes Ludwig Heinrich Niedmann, Kaufmann. Wilhelm Christian Friedrich Hermann Röbbelen, Arbeiter. Heinrich Ernst August Sandt, Arbeiter. Heinrich Johannes Friedrich Scheel, Lokomotivführer. Ernst Bernhard Friedrich Schmidt, Schrifteizer. Wilhelm Schmidt, Kaufmann. Adolph Joachim Friedrich Franz Schulz, Schlachtermeister. Johann Friedrich Schütt, Arbeiter. Friedrich Martin Joachim Sengpiel, Maurer und Bauunternehmer. Heinrich Wilhelm Friedrich Sparruhl, Kaufmann. Carl Franz Theodor Stahlbrode, Ueberwagenschieber. Gottfried Heinrich Hermann Stallbaum, Flußschiffer. Dr. phil. Christian August Georg Hermann Stodie, Oberlehrer an der Realschule. Johann Michael Hinrich Erüß, Flußschiffer. Johann Eyska, Arbeiter. Johannes Heinrich Fedenburg, Maurermeister. Johann Friedrich Fedenburg, Bauunternehmer. Friedrich Assmus Terson, Arbeiter. Friedrich Ferdinand Urban, Lokomotivführer. Joachim Hans Heinrich Weß, Kaufmann. Otto Heinrich Wagener, Apotheker. Johann Joachim Gottlieb Wendtland, Arbeiter. Carl Joachim Johann Hans Weßel, Arbeiter. Carl Adolph Daniel Will, Krämer. Julius Witmann, Kaufmann. Johann Jochen Hinrich Wulf, Hofschlächter. Heinrich Friedrich Ludwig Jamel, Schneidergehülfe. Joseph Zuhmann, Arbeiter. Dieselben haben am 29. Mai 1901 vor dem Senate den Bürger Eid geleistet.

Die Lübeckische Staatsangehörigkeit erwarben im Monat Mai 47 Personen.

Dem Arbeitshause zugeführt wurden im verflossenen Monat Mai 2 Arbeiter wegen Bettelns. Die Haftdauer beträgt 9 resp. 12 Monate.

In geistesgestörtem Zustande verließ Dienstag Nachmittag ein Arbeiter der Weinfirma Schlichting, Mengstraße, zunächst einer Dame und dann einem in der Breitenstraße stationirten Hülfsschutzmänn mit einem Hammer je einen Schlag vor der Kopf. Die Verletzungen sind glücklicherweise keine gefährlichen. Nach erfolgter Festnahme wurde der Bedauernswerthe in die hiesige Irrenanstalt verbracht, woselbst er bereits vor mehreren Jahren längere Zeit internirt war.

Der frühere Oberpräsident von Schleswig-Holstein, von Steinmann, ist Dienstag Nachmittag hier verstorben.

Eigenthumsvergehen. Ein Dienstmädchen, das keine Herrschaft um 23 Mk. betrogen haben soll, wurde zur Anzeige gebracht.

Die Lage des Arbeitsmarktes Anfang Mai. In der Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ wird die Situation wie folgt geschildert: „Die Belegung des Arbeitsmarktes zu Anfang des Frühjahrs hat zwar eine Zunahme der Beschäftigten zur Folge gehabt; diese hat aber nur dazu gebient, die in den letzten Monaten gerissenen Lücken ein wenig auszufüllen. Daß in der That der Arbeitsmarkt nach wie vor eine Ueberfüllung zeigt, tritt an der Statistik der Arbeitsnachweise zu Tage. Auf 49 423 offene Stellen kamen 69 871 Arbeitsuchende, so daß auf 100 offene Stellen 141,4 Arbeitsuchende entfielen, während im April vorigen Jahres auf 51 581 Stellen nur 48 176 Arbeitsuchende, also auf 100 Stellen 93,4 Arbeitsuchende kamen. Im Vergleich zum März dieses Jahres zeigt sich eine nicht unerhebliche Zunahme des Arbeitslosen-Andrangs, der an 49 Orten gestiegen und nur an 33 gesunken ist. Uebereinstimmend berichten die Arbeitsnachweise, daß die Bauhätigkeit, namentlich unter dem Druck des Hypothekensarktes, den gewohnten Frühlingaufschwung vermissen läßt. Zementfabriken, Ziegeleien, Kalkbrennereien haben ihren Betrieb wesentlich eingeschränkt. Neben den Bauarbeitern erscheinen namentlich die Metallarbeiter fortgesetzt als Arbeitsuchende. Der Beschluß des Professionsdikats, die Produktionsbeschränkung von 10 auf 20 vom Hundert zu erhöhen, läßt über den ungünstigen Gang im Eisengewerk keinen Zweifel.“ Das erweckt für die Zukunft bange Hoffnungen.

Baderegeln. Lege den Weg zur Badeanstalt in mäßiger Schnelligkeit zurück. Bei der Ankunft beachte Strömung und Bodenverhältnisse. Entkleide dich langsam, gehe aber dann sofort ins Wasser. Tauche schnell und ganz unter. Bleibe nicht allzulange im Wasser, zumal, wenn du nicht kräftig bist. Kleide dich nach dem Bade schnell wieder an. — **Bade nicht:** bei heftigen Gemüthsbewegungen, nach

durchwachten Nächten, bei Untwohlsein, nach Mahlzeiten und nach dem Genuße geistiger Getränke.

Ratzeburg. Die hiesige Ortskrankenkasse hielt am 2. Juni eine außerordentliche General-Versammlung mit der Tagesordnung „Beitrags-erhöhung“ ab. Die ungünstigen Verhältnisse veranlaßten den Vorstand, eine Beitrags-erhöhung zu beantragen, da die Kasse nicht nur keinen Reservefonds, sondern im Gegentheil noch Schulden hat. Seit einer Reihe von Jahren sind die Ausgaben für Arzt und Medizin ganz enorm gestiegen, sodaß von den mit den Verhältnissen bekannten Mitgliedern eine solche Beitrags-erhöhung schon längst als unbedingt notwendig erachtet wurde. Die Versammlung hat jedoch die Beitrags-erhöhung abgelehnt. Durch diesen Beschluß ist nun die Beitrags-erhöhung Sache der Aufsichtsbehörde geworden und diese wird wohl eine Beitrags-erhöhung vornehmen, durch welche nicht nur die Einnahme und Ausgabe in Einklang gebracht, sondern auch die Ansammlung eines Reservefonds herbeigeführt werden wird. Ob nun eine Beitrags-erhöhung von 24 auf 30 Pf., wie der Vorstand beantragte, oder eine solche bis 48 Pf., wie die Aufsichtsbehörde festsetzen darf, für die Mitglieder am zweitsprechendsten ist, mögen diese selbst beurtheilen. Der Beschluß zeigt so recht die Rückständigkeit der hiesigen Arbeiter und ist eine Frucht der hiesigen, unersreulichen Zustände. Es ist hier unmöglich, ein Lokal zu Versammlungen zu erhalten und insofern ist eine Aufklärung bzw. Heranziehung zur Solidarität, auf welcher doch schließlich auch das Krankenkassenwesen aufgebaut ist, zur Unmöglichkeit gemacht. Das ist der Fluch der bösen That!

Ratzeburg. Die Leiche eines ca. 30-jährigen Mannes, die schon stark in Verwesung übergegangen war, wurde zwischen Gr. Sarau und Pögeck an einem Wiesengraben in sitzender Stellung aufgefunden; in derselben erkannte man den seit mehreren Wochen vermißten Maurer D., der in Lübeck Frau und Kinder hinterläßt.

Cutin. Die Ausnahmezeit für unsere Stadt, an welchen die Geschäfte bis 10 Uhr Abends geöffnet sein dürfen, sind wie folgt festgesetzt worden: 1. Die Sonnabende in den Monaten Juli, August, September, 2. 7 Tage vor Weihnachten, 3. ein Sonnabend vor Pfingsten, 4. ein Sonnabend vor Ostern, 5. ein Sonnabend vor dem Volksteste.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Tischler in Doberan haben durch ihre Einigkeit die zehnstündige Arbeitszeit, sowie Abschaffung von Kost und Logis beim Meister errungen. — Ein Gesuch der Hamburger Laternenwärter um Lohnaufbesserung ist seitens der Direktion der Gaswerke abschlägig beschieden worden. — Ein Versuch der Antisemiten und Nationalsozialen, die Arbeiter Hamburgs in ihr Schlepptau zu nehmen, ist glänzend gescheitert. — Die Hafenarbeiter Bremens sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — In Wilhelmshaven sind anlässlich des

Ausstandes im Baugewerbe mehrere von Halle a. d. Saale abgeschobene Italiener angekommen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Brackede (Mecklenburg) wurden durch einen Blitzstrahl 2 Gebäude in Asche gelegt. — Ein furchtbares Feuer wüthete Sonnabend Nacht in dem hammbverschen Dorf Neetze; 6 Bauerngehöfte mit 21 Gebäuden sind ein Raub der Flammen geworden. — Infolge eines heftigen Gewittersturmes kenterte Sonntag Morgen in Kiel ein mit zwei Soldaten besetztes Segelboot; die beiden Insassen ertranken. — 2 Selbstmorde und 2 Selbstmordversuche werden aus Hamburg gemeldet. Der die Umbauten der Lübecker Bahn leitende Uebernehmer Knappe erschoss sich in seiner Baubude. Ferner hat sich der östereichische Konsularbeamte Freiherr von Kosket angeblich in einem Anfall von Schwermuth, dem eine Liebesaffäre zu Grunde liegen soll, im Wald bei Friedrichsruh erschossen. Ein morphiumsüchtiger Artist beging Montag Abend in einem Lokal auf St. Pauli einen Selbstmordversuch und verletzte sich schwer. Wegen schlechter Behandlung und Mißhandlung stürzte sich ein in Einsbüttel bedienstetes Mädchen vom Balkon des dritten Stockes herab und wurde schwer verletzt aufgefunden. — Gegen die Einführung eines Schutzzolls für Fische hat sich in Hamburg der Kongreß deutscher Fischhändler ausgesprochen. — Beim Baden ertrank am Sonnabend in Oldenburg ein Dragoner. — Einem Unteroffizier derselben Stadt wurde am Posthalter ein Portemonnaie mit 740 Mark, die er im Auftrage der Regimentskasse einzahlen sollte, entwendet.

Altona. Für ein Stück Steinkohle im Werthe von 20 Pfg. drei Monate Gefängniß! Der Maschinenbauer Albert K. war lange krank und konnte nach seiner Genesung keine Arbeit erhalten. Er gerieth, wie er am Montag vor dem Landgericht glaubhaft versicherte, in die größte Noth und hat nun vom Hofe der Glashütten in Bahrenfeld ein Stück Steinkohle im Werthe von 20 Pfg. entwendet. So untergeordneter Natur die Sache auch sein und so milde sie auch erscheinen mag, so mußte sie K. aber sehr theuer zu stehen kommen, und zwar von Rechtswegen. Er ist vor vielen Jahren wegen Diebstahls mit fünf Tagen Gefängniß und später nochmals wegen Hehlerei bestraft, befand sich also bei Ausführung des Diebstahls in Bahrenfeld im wiederholten Rückfall. Wegen letzteren Diebstahls, den er angeblich aus bitterster Noth ausgeführt hat, war er vor dem Landgericht angeklagt. Der Staatsanwalt bedauerte, daß der vorliegende Diebstahl nicht etwa als Minderdelikt angesehen werden könne, sondern auf mindestens 3 Monate Gefängniß erkannt werden müsse. Diese Strafe beantragte er und der Gerichtshof erkannte auch antragsgemäß. Der Angeklagte erklärte, er sei noch arbeitslos und bat, man möge ihm seine Strafe doch gleich ablassen lassen. Der Staatsanwalt sträubte sich dagegen und

gab dem Angeklagten anheim, doch ein Gnadengesuch, von der Staatsanwaltschaft befürwortet werden solle, den König zu richten. Da ihm Arbeit nicht in Aussicht stand, blieb der Angeklagte bei seinem Antrag, ließ schließlich aber doch bestimmen, bei der Staatsanwaltschaft ein Gnadengesuch zu Protokoll zu geben, um dann aber fort in's Gefängniß zu gehen.

Güstrow. Schwurgericht. In der Verhandlung am Montag hatte sich zunächst der Arbeiter Ludw. Dennermeier aus Lübeck wegen Meineides zu verantworten. Gelegentlich einer Pfändung wegen rückständiger Tagelöhner hatte der Angeklagte dem Gerichtsvollzieher Besitz verschiedener Sachen, als einer Taschenuhr, eines Aufzuges, eines Heberziehers etc. verschwiegen. Bei Abfertigung des Offenbarungseides verheimlichte er sodann gleichfalls den Besitz obiger Gegenstände. Wegen dieses Meineides wurde der Angeklagte auf Grund des Spruches der Geschworenen zu zwei Jahren Zuchthaus, dreijähriger Ehrverlust und den üblichen Nebenstrafen verurtheilt. Unter der Anklage der Brandstiftung stand der Tagelöhner Heinrich Hagen zu Warlt. Derselbe hatte am 30. Juli v. Js. in der Trunkenheit, um seine Schulden von 1500 Mk. betragenden Versicherungssumme zu decken, die von ihm und einem anderen Tagelöhner bewohnte Knechtshaus in Brand gesteckt. Der Verdacht der Brandstiftung richtete sich zunächst gegen seinen Nachbar, der diese halbe Nacht in Untersuchungshaft verbrachte. Nach Schuldspreehung durch die Geschworenen wurde der geständige Angeklagte zu drei Jahren Zuchthaus und fünfjährigem Ehrverlust verurtheilt. — Die dritte Sache richtete sich gegen die 18-jährige Frieda Kuhl aus Schwerin wegen Meineides. Dieselbe ist geständig, in der Gerichtsliche Entscheidungssache am 21. November v. Js. nach vorheriger Beerdigung ihr Zeugniß durch die wissentlich falsche Angabe habe nur einmal mit dem Cornehlis gesprochen, verletzt zu haben. Die Angeklagte gestand in der Verhandlung mehrere Male mit E. zusammengetroffen zu sein und ihm gesprochen zu haben. Dieselbe wurde zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren, Ehrverlust auf drei Jahre sowie Aberkennung der Eidesfähigkeit verurtheilt.

Das Arbeitersekretariat

Johannisstr. 46

ist geöffnet an Wochentagen von 12 bis 2 Uhr und von 6 bis 7 1/2 Uhr, an Sonntagen von 11 bis 1 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Verband der Zimmerer

Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck.)

Nachruf.

Am Montag Nachmittag entriß der Tod uns unser treues und ehrenwerthes Mitglied

General Georg Spethmann.

Ehre ihrem Andenken.

Der Vorstand.

Begräbnisfeier am Donnerstag den 6. Juni, Nachm. 1 1/2 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Die Verbandskameraden werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen.

Für die zahlreichen Kranzspenden beim Begräbnis unseres lieben Mannes, insbesondere seines Mitarbeiters und dem Bauarbeiterverband sage ich meinen herzlichsten Dank.

Johanna Franck Ww., geb. Schulz.

Dem Herrn Franz Kaufmann

Wiederhändler, Klappenstraße, und seiner besten Hälfte zur

Silbernen Hochzeit

ein dauerndes Hoch!!!

„Stößer-Loche“.

Ein H. freundl. Zimmer nach vorne

resp. Eingang, zu vermieten

Friedenstraße 57b, 2. Etage

Eine leere Etage zu vermieten

Klappenstraße 14.

Darüber ein Kuchenzimmer billig zu verlaufen.

Logis zu vermieten

Waldenstraße 80.

Ein freundliches Logis zu vermieten

Waldenstraße 387.

Logis für 2 junge Leute

oder zwei Mädchen

Schwandauer Allee 59, 2. Et.

Freundliches Logis zu vermieten

Schwandauer Allee 59, 2. Et.

Für 15. Juni oder später ein junges Mädchen, welches außer dem Hause bleiben kann

Friedenstraße 47, 1. Et.

Ein Haus in der Schwandauer Allee, bestehend aus 1 Etage mit Garten, ist zu vermieten. Besichtigung am 1. Juni, 11 Uhr.

Wollen Sie viel Geld sparen?

so gehen Sie nach der

Lübecker St. Lorenz-Besohl-Anstalt Catharinenstr. 45
und deren Filiale: Georgstraße 32, Ecke Fuchtingstraße.

Grösste Besohl-Anstalt Lübecks.

Herren-Sohlen 1,40 Mk., sehr stark 1,60 (fein genähte Randsohlen 50 Pfg. mehr).

Herren-Absätze 50-60 Pfg.

Damensohlen 1,00 Mk. (fein genähte Randsohlen 40 Pfg. mehr). Damenabsätze 40 Pfg.

Kinder-Sohlen mit Absätze von 65 Pfg. an bis 1,25 Mk.

Schnell und reell. — NB. Bestellungen nach Maß zu soliden Preisen.

Möbelkäufern

empfehle ich

mein großes Lager dauerhaft gearbeiteter

Möbel jeder Art.

Folckers' Möbel-Magazin

25 Mariesgrube 25.

Streichfert. Oelfarben,

Leinöl, Firnis,

Carbolineum,

sowie sämtliche

Bürsten- und Pinselwaaren

empfehle

John Becker, Dorne-

strasse 29

Großloggenfest 1901.

Witze und Private, welche geneigt sind, gegen Entgelt Befragter des Großloggenfestes (6.-8. Juni) des Centraler-Oberens in Logis zu nehmen, wollen Angebote mit Preisangabe richten an

J. Thomae, Hoffstraße 20, N. Jäger, Hoffstraße 27, J. Blöss, Fuchtingstraße 31.

Durch Basal 2 neue schöne rote Betten sehr billig

Blasenstraße 17, 1. Et., am Lindenplatz.

50 Pfüner, 14 Kaninchen, 1 Tafelwage, 1 Tafel-Clavier 25 Mk.

Friedenstraße 20.

2 frisch milchgebende Ziegen und ein Patent-Butterfass zu verkaufen

Schwandauer Allee 59.

Leere Zerkettonen

hat abgegeben

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Barbieregehülse August Mundt

Gehülse bei Herrn Anton Growe, Fadenburger Allee 55 c.

Mache hierdurch zur Richtigerstellung bekannt, daß ich 20 Mark Wochenlohn und 5 Pct. der Filial-Einnahmen in haar erhalte, dieselben schon von Anfang an erhalten habe und damit schalte und walte wie es mir gefällt. Meine Wohnung, die ich mir selber zu Anfang gemiethet habe, befindet sich Klappenstraße 23, wo ich bei meinem Bruder zu Tagespreisen nach meinem Wunsch Alles erhalte.

Aug. Mundt, Barbieregehülse.

Klauenöl

präparirt für Nähmaschinen und Fahrräder von

H. Möbius & Sohn

Knochenölsabrik,

HANNOVER.

In haben in allen besseren Handlungen.

4 feinste Berger Flohmeringe für 10 Pfg. bei

Aug. Brüggemann,

Waldenstraße 33.

Friedr. Paetau, Buchfabrik,

27 Mühlenstraße 27

Kopf u. Wein Pfd. 20 Pfg.

Oeffentliche

Versammlung

der

Seeleute

heute Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr

im Lokale des Herrn Th. Kruse,

Unterstraße 60.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Referent: Störmer-Hamburg.

Der Kinberufer.

Zum Guirlandenbinden
empfehle ich

Minna Nittscher, Glockengießerstr. 31.

Central-Verband der Zimmerer.

Oeffentliche

Zimmererversammlung

am Donnerstag den 6. Juni

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

Aufgaben des Verbandes.

Referent: Kamerad Stemkowitz-Berlin.

Der Vorstand.



Mitglieder-Versammlung

am 6. Juni, präc. 9 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

Bericht vom Gantag in Oldesloe

Ausschaffung von Fahrradabfuhrstellen.

Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.

Der Vorstand.

Spannfahrt nach Mölln

per Barkasse „Luise“

am Sonntag den 16. Juni

Karten sind vorher zu haben bei

Wilh. Körner, Blaustraße 14 b.

Zoologischer Garten

Täglich geöffnet.

Fütterung der Raubthiere 5 Uhr

Eintritt: Erwachsene 30 Pfa., Kinder 15 Pfa.

Fünfte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Mürnberg.

Die Schlussitzung fand am Sonnabend unter Vorsitz Deisingers aus Hamburg statt. Zunächst berichtete Hoff-Magdeburg über die Arbeiten der Kommission, betr. die Gaueinteilung, derselbe unterbreitete folgende Anträge und begründete dieselben:

Anträge der Kommission für die Vorberathung der Bezirkseinteilung. Ziffer 19. Zur wirksamen Unterstützung des Vorstandes zur Durchführung der Beschlüsse der Generalversammlung und der Verbandsbestrebungen, sowie zur Regelung der Agitation werden im Wirkungsbereich des Deutschen Metallarbeiterverbandes 10 Bezirke mit der Maßgabe gebildet, daß nach Bedürfnis im Einverständnis des Vorstandes mit der Bezirkskonferenz eine Theilung oder andere Abgrenzung der Bezirke erfolgen kann.

Die Führung der Geschäfte erfolgt gegen Besoldung aus Verbandsmitteln durch den Bezirksleiter.

Den Bezirkskonferenzen bleibt es überlassen, Anträge für Anstellung von Bezirksleitern bei dem Vorstand zu stellen. Derselbe hat die Anträge zu prüfen und über die Bedürfnisfrage zu entscheiden. Ist die Bedürfnisfrage vom Vorstand in bejahendem Sinne entschieden, so hat der Vorstand die Stelle zur allgemeinen Bewerbung auszuscheiden. Die eingelaufenen Bewerbungen werden von einer, vorher durch die Bezirkskonferenz ernannten Kommission geprüft und geeignete Vorschläge dem Vorstande zur Auswahl unterbreitet. Die ausgewählten Bewerber haben eine Probearbeit zu liefern und eventuell drei Monate vor ihrer endgültigen Anstellung auf dem Verbandsbureau thätig zu sein. Die Anstellung erfolgt auf Kündigung nach den einschlägigen Bestimmungen des Handels-Gesetzbuches.

Die Obliegenheiten des Bezirksleiters sind folgende:

- 1) Leitung der Agitation in seinem Bezirk.
- 2) Eingreifen bei Lohnbewegungen und Arbeitsdifferenzen nach den Bestimmungen des Statuts und den Anweisungen des Vorstandes.
- 3) Vornahme von Revisionen in den zu seinem Bezirk gehörigen Verwaltungs- bzw. Geschäftsstellen.
- 4) Schlichtung bzw. Untersuchung von Differenzen der Mitglieder untereinander.
- 5) Ausführung sonstiger ihm vom Vorstand im Verbandsinteresse ertheilter Aufträge und durch das Statut ihm zufallender Obliegenheiten.

Dem Bezirksleiter wird eine viergliedrige Kommission zu seiner Unterstützung beigegeben, welche alljährlich erneuert wird. Die Kommission hat ihren Sitz am Wohnorte des Bezirksleiters.

Die Bezirksleiter, der jeweilige Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Berlin, sowie die gegen Besoldung angestellten Mitglieder des Vorstandes, bilden den ergänzenden Ausschuss des Vorstandes und sind nach Bedarf zusammen zu berufen.

Zu den Berathungsgegenständen des ergänzenden Ausschusses gehören:

- 1) Aufstellung eines Aktionsprogramms für den Verband, sowie für einzelne Branchen.
- 2) Taktik bei Lohnbewegungen und der Agitation.
- 3) Begutachtung von Tarifvertragsentwürfen.
- 4) Mitwirkung bei Feststellung des Wahlreglements für die Proportionalwahlen zu Generalversammlungen und sonstige Verbandsvertretungen, sowie Festsetzung der Wahltag.
- 5) Beschlussfassung über etwa abzuhaltende Bezirks- oder Branchenkongresse.
- 6) Berathung des Vorstandes in allen von letzterem

gewünschten Verbandsangelegenheiten und Erledigung sonstiger durch das Statut ihm übertragener Obliegenheiten.

Neuer Paragraph. Zur wirksamen Unterstützung der Bezirksleiter, zur Erörterung taktischer Fragen, sowie zur Erleichterung der Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse können nach Bedarf Bezirks- oder Berufskongresse abgehalten werden.

Die Einberufung einer Bezirkskonferenz erfolgt nach Verständigung mit dem Vorstand durch den Leiter des betreffenden Bezirkes.

Zur Entsendung von Vertretern auf die Bezirkskonferenzen ist jede zum Bezirk gehörige Verwaltungsstelle berechtigt. Die Zahl der Abgeordneten richtet sich nach der Stärke der Mitgliedschaft und beträgt bei einer Mitgliederzahl bis 100 einen, bis 500 zwei und über 500 drei Abgeordnete. Die Wahl erfolgt in einer Mitglieder-versammlung.

Berufskongresse können nur vom Vorstand nach Verständigung mit dem ergänzenden Ausschuss einberufen werden, und wird die Zahl der auf jeden Bezirk entfallenden Vertreter durch den Vorstand und den ergänzenden Ausschuss gemeinschaftlich festgesetzt.

Für die Wahl der Vertreter zu einer Berufskongress gelten die für die Generalversammlungen gültigen Bestimmungen des Statuts.

Die aus der Einberufung und Bescheidung etwaiger Kongresse erwachsenden Kosten trägt die Verbandskasse und sind für Reisekosten, Diäten und die Entschädigung an Arbeitsverdienstausfall die Bestimmungen des § 17 Abs. 5 in Anwendung zu bringen.

Antrag zu den Gehältern der Verbandsbeamten.

Die Kommission beantragte: Das Anfangsgehalt für alle Beamten im Minimalen auf 160 Mk. pro Monat festzulegen und dasselbe in den ersten fünf Jahren um jährlich 100 Mk. und in den folgenden Jahren um jährlich 75 Mk. zu erhöhen, bis zum Höchstbetrage von 3000 Mk.

Wie enthalt-Berlin sprach sich gegen die vorgeschlagenen Gehälter aus, weil die Unterstützung, welche aus Anlaß des Feierns zur Maifeier gewährt wird, dagegen zu gering sei. Segitz wendete sich in eingehender Weise gegen diese Äußerungen und verteidigte die Vorschläge der Kommission. Derselbe habe praktische Arbeit zum Ausbau des Verbandes geleistet. Es finden zwei namentliche Abstimmungen statt. Die Gaueinteilung wird im Sinne der Vorschläge mit 125 gegen 55 Stimmen angenommen, desgleichen der Antrag zu den Gehältern mit 88 gegen 86 Stimmen bei einigen Enthaltungen. Diese Gehaltskala soll für alle Verbandsbeamte gelten. Der Vorstand und Ausschuss soll für die Hilfsarbeiter im Verbandsbureau eine diesbezügliche Skala schaffen.

Auf Antrag der Wahlkommission, den Junge begründete, werden die bisherigen Vorstandsmitglieder Schlichte als erster, Pfeifer als zweiter Vorsitzender, Werner als Kassier und Reichel als Sekretär wiedergewählt. Der Sitz des Ausschusses bleibt in Frankfurt a. M. und wird der bisherige Vorsitzende derselben, Dejung, wiedergewählt, desgleichen Scherm zum Redakteur des Verbandsorgans.

Am 11 Uhr begann die Statutenberathung. Berichterstatter ist Weinheber. Von einschneidenden Beschlüssen, außer der Gaueinteilung, seien folgende erwähnt. Das Eintrittsgeld wird von 30 auf 50 Pfg. erhöht. Den reisenden Mitgliedern wird eine Aufenthaltunterstützung gewährt; dieselbe beträgt in Orten von 50 bis 100 000 Einwohner für 1 Tag 1 Mk., von 100 000—200 000 für 2 Tage 2 Mk., von 200—500 000 für 3 Tage 3 Mk. und über 500 000 Einwohnern für 4 Tage 4 Mk. Diejenigen Metallarbeiter, welche ausgebildet und sich innerhalb 4 Wochen nach vollendeter Lehrzeit in den Verband aufnehmen lassen, erhalten nach 26wöchentlicher Karenzzeit

Reisegeld. Die Arbeitslosenunterstützung wird wie folgt festgesetzt:

bei 1 Jahr Mitgliedschaft	6,— Mk. = pro Tag 1,— Mk.
" 2 "	7,20 " = " " 1,20 "
" 3 "	8,10 " = " " 1,35 "
" 4 "	9,— " = " " 1,50 "
" 5 "	10,20 " = " " 1,70 "

Den Verwaltungsstellen über 3000 Mitgliedern wird das Recht eingeräumt, im Ganzen neun Personen in die Verwaltung zu wählen.

Der Antrag der Kommission, für 1000 Mitglieder einen Delegirten zu wählen, wird abgelehnt. Angenommen wird die Zahl 750. Die Anträge, welche eine Erhöhung der Prozente von 20 auf 25 Proz. betreffen, werden nach eingehender Begründung seitens des Referenten abgelehnt. Die Kommission hat beantragt, die 20 Proz. bestehen zu lassen. Der Antrag, dafür 25 Proz. zu setzen, wird wieder angenommen und dann abgelehnt. Der Referent betont hierbei, daß es eine unbedingte Nothwendigkeit sei, dem Sektionsauftrag ein Ende zu bereiten. Die Sektionen sollen sich zu allgemeinen Verwaltungsstellen zusammenschließen. Es träte dieses nicht zum Wenigsten auf Nürnberg und Fürtz zu. Dadurch würden die Verwaltungskosten ganz bedeutend reduziert. Aber auch da, wo es die örtlichen Verhältnisse erfordern, wie in Hamburg-Altona u. s. w., sei es unbedingt nothwendig, daß für einen derartigen Städtekomplex nur eine Verwaltung existire. Die Kommission wolle hierzu statutarische Bestimmungen nicht treffen, setze aber voraus, daß diesen Ansichten Rechnung getragen wird. Die Generalversammlung beschließt, diese Ansichten zu den ihrigen zu machen.

Um 4 Uhr ist die Statutenberathung zu Ende, bei einer einstündigen Mittagspause. Es werden noch einige Anträge erledigt. So wird beschlossen, daß in Verwaltungsstellen über 3000 Mitglieder die Wahl der Ortsbeamten nicht in der Versammlung stattfinden darf, in der die Vorschläge der Personen zu den betreffenden Ämtern erfolgen.

Um 5 Uhr sind die Verhandlungen zu Ende. Die Haushaltungskommission hat vorher noch Bericht erstattet und wurde hierauf die Generalversammlung nach einer Ansprache des Vorsitzenden Deisinger, der auf die Nothwendigkeit des gemeinsamen Zusammenarbeitens hinweist, und der Hoffnung Ausdruck giebt, daß die diesjährige Generalversammlung für den Verband nutzbringend sei, mit einem Hoch geschlossen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Zimmerer in Helmstedt sind in den Ausstand getreten. Die Maurer beabsichtigen ebenfalls die Arbeit niederzulegen. — Die Maler und Anstreicher in Regensburg haben, nachdem die seitens der Organisation gestellten Forderungen unberücksichtigt blieben und eine weitere Verhandlung aussichtslos war, die Arbeit eingestellt. Die hauptsächlichsten Forderungen sind: Zehnstündige Arbeitszeit; 28 Pfennig Mindestlohn für Junggefelln und Anstreicher und 35 Pfg. für Maler. Streikbrecher sind nicht zu verzeichnen und Zugang ist bei dem geringen Lohn, der bisher dort gezahlt ward, kaum zu erwarten.

Die Polizei in Leipzig verbot den anlässlich des diesjährigen Gewerkschaftsfestes geplanten Festzug, da „nach dem ganzen Zwecke dieser vom Gewerkschafts-kartell geplanten Veranstaltung sowie der politischen Parteilichung und der muthmaßlichen Zahl der Theilnehmer, auf welche nach dem Verlauf der früheren Gewerkschaftsfeste zu schließen ist, der fragliche Festzug nichts anderes darstellen würde, als eine sozialdemokratische Massendemonstration.“ — Die Veranstalter beabsichtigen, gegen das Verbot Beschwerde einzulegen.

Abgeschobene Arbeitswillige. Aus Halle a. S. schreibt man der „Frei. Ztg.“: Durch den 8 Monate an-

Cirkusbhut.

Roman von Heinrich See.

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„In den Tod haben Sie Papa getrieben,“ schrie Bruno — „ich will nicht zu Ihnen.“

Auf Herrn von Barnstorffs weißgewordener Stirn schwoh eine dicke blaue Ader an. Er trat auf Bruno zu, legte eine Hand in seinen Nacken und sagte dann ganz ruhig:

„Gehen Sie, Herr Prediger.“

Der Herr Prediger ging, und Bruno widersetzte sich nicht mehr. Es war, als ob die Hand in seinem Nacken etwas, was sie berührte, zum Versteinern und Erstarrn bringen müßte.

Herr von Barnstorff setzte sein Glas auf und zog seine Uhr.

„In einer Viertelstunde mußt du fertig sein,“ sagte er, „packe nur deine Wäsche und deine Anzüge ein. Dein Spielzeug und deine Schulbücher bleiben hier. Dies beides wirst du künftig nicht mehr brauchen.“

Eine halbe Stunde später rumpelten in der Fruchtstraße bei dem kümmerlichen Licht der Gaslaternen und während die Häuser und Läden schon geschlossen wurden, zwei schwerfällige Droschken aneinander vorbei. Droschken waren in der Fruchtstraße, wenn es sich nicht wie heute Nachmittag um eine Beerdigung oder um eine Hochzeit handelte, etwas seltenes. Keinem von den Insassen der beiden Gefährte fiel es ein, einen Blick in das andere zu werfen. Auch hätte bei der Dunkelheit kaum jemand in dem Innern etwas erkannt. Zwei junge Menschen saßen in den beiden Wagen, deren Zukunft an diesem Abend sich entscheiden hatte. Das eine kam von Licht und Glanz und dem Lichte und Glanze trieb es entgegen. Das andere kam von dem Rande des Grabes und dunkel und einsam wie die Nacht

lag das, was kommen würde, vor ihm. Beide waren von dem Erlebten zu voll, als daß eines an das andere während dieser Wagenfahrt gedacht hätte. Kinder waren sie gewesen und waren aneinander vorübergezogen. Summe weiter wurde die Entfernung zwischen beiden Wagen, bis der eine vor einem großen grauen Hause anhielt und der andere um die Ecke verschwand.

Fruchtstraße, häßliche, öde, armselige Straße — Fruchtstraße, Straße aus der Kinderzeit — gesegnet in dir jeder Stein — lebe wohl!

Fünftes Kapitel.

Zwölf Jahre waren vergangen und wieder war der Herbst ins Land gekommen. Auch in Berlin hatte er seinen Einzug gehalten. Die Theater und die großen Vergnügungsetablissemens öffneten wieder ihre Thüren und in dem oberen Stockwerk des Cafee Bauer saß um die Nachmittagsstunde wieder die eingetroffene Artistenwelt, auch ein Zeichen für alle Kundigen, daß es wieder Herbst geworden war.

Zu einer späten Nachmittagsstunde kam in einem dicht am Thiergarten gelegenen stillen Hotel garni ein Fremder an, ein junger Mann. Ein in einen feinen Lederüberzug gehüllter Violinkasten, der sich unter seinen Gepäckstücken befand, hätte darauf schließen lassen können, daß es ein reisender Musiker war, wenn der Anmeldebettel, den er gleich nach seiner Ankunft ausfüllte, nicht einen genaueren Bescheid über ihn gegeben hätte.

„B. Wheeler, Artist aus Petersburg,“ stand auf diesem Zettel.

Mit seinem bürgerlichen Namen hieß Mr. Wheeler — denn dieser Name war nur ein angenommener — Bruno v. Barnstorff.

Der Bankist sieht in seinen jungen Jahren älter — in seinen alten jünger aus, als er wirklich ist. Beides hängt mit dem ganzen Wesen seines Berufes zusammen. Der

Bankist wird ein frühreifer Mensch, nicht nur in seiner Kunst, sondern, weil ihm diese eine baldige Selbstständigkeit gewährt, auch in seinem sonstigen Wesen. Diese Frühreife drückt sich auch in seinem Gesicht aus; seine Kunst hält ihn aber körperlich frisch und rüstig und so kommt es, daß er mit fünfzig Jahren beinahe noch ebenso aussieht wie mit fünfundsiebenzig Jahren. Alter und Jugend gleicht sich bei ihm aus.

Auch Bruno sah älter aus, als er war. Sein Gesicht, das nun ein kleiner schwarzer Schnurrbart zierte, hatte scharf markirte Füge und der gleichmüthige Ernst, mit dem er vorhin aus dem Wagen in das Treiben der ihn umfluthenden noch fremden Weltstadt hineingesehen hatte, ließ es noch gereifter erscheinen. Weltstädte waren ihm nichts neues mehr. Auch bietet sich dem Bankisten in seinem Verufe des für gewöhnliche Sterbliche Vermunderlichen zuviel, als daß er das Verwundern am Ende nicht ganz und gar verlernte.

Bruno war mit dem Güterzuge angekommen, der seine Pferde mitgebracht hatte. Ein Bankist, der seine Thiere lieb hat, läßt sie nicht allein reisen — obwohl Bruno zu ihrer Wartung noch einen Kutcher hatte, der sie begleitete. Er war nun ein in gewissen Fachreisen bereits bekannt gewordener Sockreiter geworden. Nach Berlin kam er zum erstenmal. Zum erstenmale sollte er sich in einem Circus ersten Ranges produzieren. Sein Engagement war auf drei Monate berechnet, aber noch nicht perfekt. Er hatte sich erst zu einem dreimaligen Probe-Auftreten verpflichtet.

Nun befand er sich in seinem neuen Hotelzimmer und sah durch das offenstehende Fenster in die stille Herbstdämmerung hinaus, die sich über die schon gelb werdenden Wipfel der Bäume unten breitete. Er wollte den Abend im Circus verbringen, aber es war noch zu früh und bis dahin irgend eine Herfreuung zu suchen, entsprach nicht seiner Gewohnheit.

Seine Violine stand auf dem Kleiderschrank. Wie die meisten seiner Kollegen hatte er musikalisches Gefühl. Es

dauernden Maurer-Ausstand sind zahlreiche italienische Arbeiter hierher gezogen worden und die Polizei-Verwaltung hat sich dieser Leute, durch deren Kommen der Maurer-Ausstand allmählich in den Zustand der Verjüngung gerathen ist, liebevoll angenommen. Sie hat die Leute zu und von den Arbeitsstätten geleitet, sie auf den Bauten beschäftigt u. s. w. Ende August soll nun das Kaiser Wilhelm-Denkmal eingeweiht werden und der Kaiser hat auf Einladung der städtischen Behörden sich bereit erklärt, der Enthüllung beizuwohnen. Jetzt werden die Italiener der Polizei „lästig“ und sie beginnt mit der Abschiebung der Leute, erst langsam, aber anscheinend stetig, und es ist anzunehmen, daß die Polizei aus naheliegenden Gründen sorgen wird, daß Ende August kein Italiener mehr in Halle weilt!

Zum Glasarbeiterstreik in Wienburg a. d. W. In der Kantine der H. Heyes'schen Glasfabrik, dem Aufenthalts für die Arbeitswilligen, ist es schon wieder einmal zu Schlägereien gekommen. Der Direktor Gewecke wurde von den russischen Arbeitswilligen mit Messern bedroht, so daß er sich mit einem Revolver die Gesellschaft vom Leibe halten mußte. Die dortigen Blätter haben die Geschichte todtgeschwiegen. Den arbeitswilligen Messerhelden geschah nichts weiter, als daß sie per Schub in ihre Heimath spedirt wurden. Ausschreitungen seitens der Arbeitswilligen sind gar nicht selten. Hier stationirte Gendarmen erklärten: „Auf die Streitenden sollen wir achten, und mit den Arbeitswilligen müssen wir uns herumärgern.“ Der Streik geht ruhig und unverändert weiter, und keiner der Streitenden denkt daran, seinen kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen.

Achtstundentag. In einer jüngst in Nürnberg stattgefundenen Versammlung der Silberschlägermeister von Fürth und Schwabach, in welcher auch der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zugegen war, fand folgende Resolution, wie das „Schwabacher Tagblatt“ mittheilt, einstimmige Annahme: „Die heute tagende Versammlung der Meister der Silberschlägerbranche von Schwabach und Fürth sowie der Gehilfenkommission und des Vertreters des Hauptvorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschließt: nach weiteren vier Wochen den Achtstundentag dauernd einzuführen, wobei die Meister die Zusicherung geben, daß durch den Ausfall der Arbeitszeit — bei besserem Geschäftsgang — ein Lohnausfall den Arbeitern und Arbeiterinnen nicht entsteht, d. h. die Löhne im Verhältnis zum Ausfall der Arbeitszeit zu erhöhen. Außerdem verpflichten sich die Meister, nur organisirte Arbeiter und Arbeiterinnen zu beschäftigen. Eine gemeinsame Kommission der Meister und Gehilfen wird eine Einigung in der gesamten Branche herbeizuführen suchen.“ Weiter gab der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Erklärung ab, daß die Beschlüsse unbedingt beachtet werden müssen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Zum Grabenunglück bei Waldenburg (Schl.) schreibt die „Schles. Zig.“: „Es wird mit Bestimmtheit angenommen, daß der Brand der Luftschiff-Lane am 24. Mai auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Um den Thäter zu ermitteln, hat die fürstliche Bergwerksdirektion eine Belohnung von 1000 Mark angesetzt, die derjenige erhält, der den oder die Thäter so zu bezeichnen im Stande ist, daß die gerichtliche Verurteilung derselben herbeigeführt werden kann. Hiernach ist das neulich registrierte Gerücht, daß der einzige gerettete Haarer Kolbrenner der Thäter gewesen sei und sich bereits das Leben genommen habe, unrichtig. — Einen absichtlichen Mordsvorgang vollbrachte Sonntag in Berlin eine Großmutter an ihrer sieben Wochen alten Enkelin. In der Oberwasserstraße wohnt seit einiger Zeit der frühere Kellner Walter mit seiner Frau und drei Kindern, von denen das älteste fünf, das zweite drei Jahre und das jüngste sieben Wochen alt ist. Das kleinste Kind wurde nach Aussage der Hausbewohner von den Eltern schlecht behandelt. Sonntag unternahm Walter einen Ausflug und ließ zur Beaufsichtigung der Kinder seine Schwiegermutter, die 68 Jahre alte Frau Bank zurück. Diese ist dem Trank ergeben und nahm auch Sonntag größere Mengen Alkohol zu sich. Die beiden ältesten Kinder schickte sie auf die Straße und legte sich schlafen, nachdem sie sich völlig entkleidet hatte. Aengstlich über das Geschrei der hungernden Enkelin, hielt sie die Kleine unter die Wasserleitung

und schlug sie so lange, bis sie vor Erschöpfung einschlief. Hausgenossen, welche glaubten, es fehle an Milch, sprachen vor, wurden aber zurückgewiesen. Abends wiederholte sich der Vorgang. Nochmals boten die Nachbarn Milch an, das Weib sagte das Kind, schmiß es aus dem Fenster und rief der untenstehenden Wöchnerin zu: „Da hast Du das Mas.“ Die sich irrthümlich stellende Großmutter wurde verhaftet, die Eltern, welche nach dem Vorfall zurückkehrten, einem gründlichen Verhör unterzogen. Das Kind war sofort todt. — Aus Frankfurt a. M. kommt folgende Nachricht über ein schauerliches Familiendrama: Die ganze Familie des Agenten Valentin Ehrmann, bestehend aus fünf Personen, und zwar außer dem Ehepaar, drei Söhne im Alter von 7, 13 und 21 Jahren, vergiftete sich aus Nahrungsjorgen mittelst Leuchtgas. — Prinz Bernhard von Sachsen-Weimar, jetzt Graf Crayenberg, ist am Sonnabend mit der Gräfin Crayenberg, verwitweten Gräfin Lucchese, geb. Brodmüller-Lübeck, auf dem Standesamte in Wiesbaden zum zweiten Male getraut worden. Wie die „Wiesbadener Tagebl.“ meldet, geschah das auf Veranlassung des Weimarschen Hausministeriums, dem die erste in London vollzogene Trauung demnach rechtlich nicht ganz einwandfrei erschienen sein muß. — Beim Brande eines Hauses in Moskau kamen fünf Menschen ums Leben, elf wurden verletzt. — In der Nähe von St. Etienne (Frankreich) entgleitete Sonntag drei Wagen einer elektrischen Straßenbahn. Von 200 Ausführglern wurden über 50 verwundet, darunter drei lebensgefährlich. — Sonnabend verhaftete die Polizei in Madrid den 32-jährigen Priester Jesus Gparza, den Buchhalter des Erzbischofs von Guadalajara in Mexiko. Jesus Gparza war mit 350 000 Francs aus des Bischofs Kasse durchgebrannt, begleitet von einem 17-jährigen Mädchen Namens Maria Padilla. Als die Polizei in ihr Schlafzimmer im Gasthof eindrang, versuchte das Paar den Kommissar zu bestechen. Tags vorher hatten beide einen Scheck über 30 000 Pesetas im Credit Chonnais eingelöst und waren beim mexikanischen Vertreter gewesen, um Schecks im Werthe von 150 000 Francs gegenzeichnen zu lassen. Der Diplomat besaß aber den Steckbrief, erkannte sie und benachrichtigte die Polizei.

Standesamtliche Nachrichten.

vom 26. Mai bis 1. Juni 1901.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

21. Mai. Buchhalter Gustav Wilhelm Gueth. Straßenbahnwagenführer Peter Friedrich Krumpel. 23. Arbeiter Johann Heinrich Christoph Klaf. Versicherungsbeamter August Erasmus Christian Emil Möller. Malermeister Heinrich Nicolaus Johannes Deichmann. 25. Bureaugehilfe Carl Ludwig Ernst Brud. Prokurist Johannes Friedrich Wilhelm Lippert. Vot Matthias Carl Wilhelm Eduard Bollmeyer. 26. Restaurateur Franz Albin Starke. 27. Banarbeiter Johann Joachim Carl Christoph Brahl. Ober-Botschaftsbeamter Friedrich Wilhelm August Benemann. Maler Carl Johann Christian Ehröder. Arbeiter Joseph Martinat. 28. Arbeiter Christian Carl Johann Johansen. 29. Klempner Friedrich Julius Helmrich. 30. Schuhmacher Detlef Christian Heinrich Dunder. 31. Bureaudienster Jochem Heinrich Friedrich Maas.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

3. Mai. Tischlermeister Hugo Thiele. 23. Arbeiter Wilhelm Friedrich Johannes Verlies. Barbier Hans Adam Franz Otto Soltmann. 25. Arbeiter Carl Gustav Riehn. 26. Maschinenführer Heinrich Ernst Rudolph Hilde. 27. Arbeiter Hans Friedrich Christoph Harms. Schlosser Heinrich Johann Friedrich Kaiser. Arzt Dr. med. Ernst August Hebbinga. Heizer Hans Heinrich Carl Hübener. 28. Arbeiter Johannes Georg Adolph Prüssmann. 29. Bäcker Friedrich Krüger. Schiffszimmermann Heinrich Joachim Johann Nohe (Jm-Lage). Gütterbodenarbeiter Carl Friedrich Gottlieb Koopmann. Handwerksmann Adolph Samuel Jöge. Antiquar und Makler Carl Wilhelm. 30. Vorarbeiter Rudolf Jermann. Straßenreinerer Heinrich Johann Jochen Delater. Arbeiter Carl Gottlieb Schramm. 1. Juni. Schlosser Friedrich Gustav Johannes Späthgen. Arbeiter Joachim Johann Friedrich Kieck.

Sterbefälle.

26. Mai. Catharina Margarethe Elisabeth geb. Schütt, Ehefrau des Schiffstüchlers Carl Philipp Georg Heilmann, 74 J. Käse Marie Emma Köhler, 10 M. Maria Sophia Elisabeth geb. Serand, Ehefrau des Gärtners Christian Gierick Bollert, 48 J. Friederike Louise Maria Charlotte geb. Friederichs, Wittwe des Lebrers Fritz Dieck, 75 J. Frieda Riemfeld, 2 M. Eise Jo-

hanna geb. Heyden, Ehefrau des Tischlermeisters Hugo Thiele 43 J. Schlosser Johann Friedrich Wilhelm Jansen, 18 J. 27. Wilhelmine Friederike geb. Kroh, Wittwe des Försters Carl Köhler, 72 J. 28. Ein Knabe, 6 Stunden, B.: Banarbeiter Johann Joachim Carl Christoph Brahl. Emma Gertrud Elisabeth Heider, 7 M. Ema Maria Betty Sager, 8 M. Eise Maria Friederike geb. Bordenhagen, Wittwe des Musikers Bernhard Ciriacus Paul Theodor Drews, 56 J. 29. Castellon Johann Peter Heinrich Pagels, 62 J. Eise Maria Catharina geb. Lemke Ehefrau des Schlossers Carl Peter Johannes Pattosien, 51 J. Louise Caroline Dorothea John, 40 J. Arbeiter Hermann Heinrich Bentzen, 69 J. 30. Arbeiter Heinrich Johannes Martin Brand, 38 J. Ein Mädchen, 10 Stunden, B.: Gütterbodenarbeiter Carl Friedrich Gottlieb Koopmann. Johannes Heinrich Carl Böhl, 1 J. Joachim Carl Heinrich Kündt, 2 J. 31. Hermann Richard Franke, 7 M. Ein todtgeb. Knabe, B.: Dampfdruckmaschinenbesitzer Emil Friedrich Spethmann. Früherer Erbtäger Friedrich Christian Ludw. Köhler, 79 J. Ema Eise Jönsson 15 J. Carl Heinrich Paul Korn, 4 M. Willy Garste, 3 M. Arbeiter Johann Jochem Bibow, 74 J. 1. Juni. Arbeiter Heinrich Martin Ludwig Johann Bähgen. Vadr, 73 J. Ema Martha Wilhelmine Stau, 1 J. Lehrer Paul Adolph Christian Meind, 39 J. Marie Wilhelmine Luise Wischendorf, 3 M. Gütterbodenarbeiter Hans Joachim Friedrich Burmeister, 77 J.

Angerordnete Aufgebote.

28. Mai. Lagermeister Claus Wilkens und Martha Charlott Dorothea Hartung. Fabrikant Thies Jacob Wiesner und Luigina Augusta Friede. 29. Bäckermeister Paul Otto Franz Jagu und Bertha Maria Catharina Doris Dohje zu Schönberg. Arbeiter Otto August Wilhelm Kuhn und Doris Christine Maria Romona. Bäcker Christian Wilfermann und Bertha Elisabeth Caroline Magdalena Wrenndt. Maurer Carl Johann Heinrich Heering und Frida Johanna Wilhelmine Carlens. Arbeiter Franz Friedrich David Burr und Anna Maria Wilhelmine Louise Heilmann. 30. Schlosser Claus Franz Friedrich Jochen Heinrich Theodor Tsch und Auguste Johanne Wilhelmine Rade zu Hamburg. Maurer Jochen Heinrich Wilhelm Schlichting und Marie Mine Frida Niemann zu Kramm. Briefträger Ernst Carl Burghaus und Wittve Martha Augusta Johanne Dührerd geb. Giese. Schlosser Nicolaus Carl Wilhelm Siech und Maria Elisabeth Johanna Steffen. Antiker Heinrich Johann August Schmidt und Ida Wilhelmine Henriette Gustava Engelquist zu Damgarten. Straßenbahnführer Carl Christian Sandholt und Wilhelmine Maria Dorothea Wichmann zu Rogin. 31. Seemannsdiener Leopold Heinrich Conrad Bod und Sophie Leonore Henriette Karberg. Schlosser Richard August Berthold Varten und Pauline Ernestine Catharina Auguste John. Geschäftsführender Johann Paul Franke und Erna Maria Wilhelmine Schodde. Schugmann Heinrich Johann Albrecht Niemann und Julie Carolina Auguste Magda Giese zu Klost. Porzellanmaler Carl Hermann Paul und Marie Luise Tieg zu Frankfurt a. O. 1. Juni. Antiker Jochem Heinrich Wulff und Maria Sophia Margarethe Möller. Bäcker Wilhelm Carl August Ludwig Schulze und Anna Minna Caroline Ida Rüdiger, beide zu Hinrichshagen.

Eheschließungen.

28. Mai. Versicherungsbeamter Gustav Adolph Bolczanz und Mathilda Maria Selma Debus Arbeiter Johannes Theodor Kreidenberg und Auguste Anna Johanna Köhler zu Ober-Bissau. Dfenker Daniel Joachim August Lampe zu Schleswig und Doris Christine geb. Steffens geb. Jung. Bäckermeister Wilhelm Carl Friedrich Christian Kremer und Auguste Catharine Elisabeth Witbe. 29. Kellner Max Heinrich Friedrich Johannes Siem und Emma Sophie Magdalena Schöpp zu Hamburg. Futterwaarenfabrikant Franz Carl Otto Bernhard Gaedt und Helga Maria Pederzani zu Israelsdorf. 31. Former Christian Friedrich Heinrich Klafse und Cecilie Marie Clara Löwe. Straßenbahnwagenführer Friedrich Joachim Adolf Schmidt und Sophie Luise Magdalena Rodfien. 1. Juni. Zimmermann Ernst Robert Breschnig und Maria Sophia Dorothea Badstein. Arbeiter Joachim Friedrich Johann Döber und Caroline Maria Catharina Leverenz zu Salsdorf. Arbeiter Johann Heinrich Friedrich Wilhelm Ferdinand Möller und Catharina Dorothea Eise Schütt. Lithograph Georg Heinrich Friedrich Carl Steber und Dorothea Johanna Mathilde Jue. Maurer August Johann Theodor Krull und Emma Johanna Margaretha Trens zu Polzgen. Arbeiter August Johannes Friedrich Kubdel und Caroline Emilie König zu Neukoppel. Bankkassier Ignaz Theodor Deponte und Catharine Marie Sophie Fied. Arbeiter Franz Gottfried Johansen und Christine Catharine Louise Svensson. Prokurist Carl Hugo Bengt Möller zu Gothenburg und Violet Maude Maria Augusta Coeffer.

Sternschanz-Vichmarkt

Hamburg, 4. Juni

Der Schweinehandel verläuft gut. Zugelassene 2100 Stück, davon vom Norden — vom Süden — Schl. Schweine. Sengschweine — M. Verlandschweine, schwere 53—54 M. leichte 54—55 M., Sauen 41—47 M. und Ferkel 51—53 M. pr 100 Stk.

war erst verhältnißmäßig spät in ihm erwacht, seitdem aber mit großer Kraft. Von seiner Geige trennte er sich nicht mehr. — In seiner Handtasche lag ein Band Videns, den er angefangen hatte. Es war sein Lieblingschriftsteller geworden. Aber Bruno dachte jetzt weder an seine Geige noch an das Buch.

Wie immer, wenn er an einem neuen Ort anlangte, fiel das Besondere seiner Umgebung über ihn her und hielt ihn solange im Bann, bis er wieder unter die Menschen kam.

Dann schwebte mit seinen Flügeln die Vergangenheit an ihm vorbei und sie war wie ein Traum.

Zwölf Jahre waren seit dem Tode seines Vaters hingegangen und eine ununterbrochene Kette von Enttäuschungen und Enttäuschungen war der grauen Stunde auf dem Friedhof gefolgt. Unausgesprochen aber lebte sie in ihm weiter.

Auch andere Kinder verließen die Eltern, aber eine sorgende Hand, und wäre es selbst nur die der Behörde, streckt sich über sie aus. Für ihn hatte niemand gesorgt. Oder doch?

Der Onkel hatte ihn in eine kleine Stadt zu einem Photographen gegeben. Photographieren sollte er lernen und der Onkel bezahlte für ihn sogar das Lehrgeld und Kostgeld. Bruno sahle damals, wenn er auch ein Kind war, nur eins: daß er von dem Onkel abhing, der seinen Vater hatte sterben lassen. Er haßte ihn, wie sehr der Vater ihm dieses Haß auch verziehen hatte, er wollte ihm nichts zu verdanken haben. Eines Tages kamen in das Städtchen drei grünangestrichene Wagen. Auf einem Karren saß dann ein aus handgeprägten Häuten und Fellen bestehende Gesellschaft heran und unter Pantenschläger verführte der Bajazzo an allen Straßen, daß am Abend auf dem Markt eine große Vorstellung stattfinden würde. Am Abend erhoben sich vor dem Rathhause zwei höhere Herren, die mit einander durch ein Tor traten. Zum Ueberflusse hing an dem Haupte

nach ein angeklebter gelber Zettel, der für den Abend die größten Wunderdinge verschie. Noch jetzt nach zwölf Jahren sah Bruno den gelben Zettel vor sich. Der Bankist hat sonst für seine Erlebnisse ein schlechtes Gedächtniß, weil ihrer zu vielerlei sind. Selbst gefährliche Stürze, denen antwefende Jungen als an etwas Außerordentliches eine ewige Erinnerung wahren, entschwinden ihm, sobald er nur keinen dauernden Schaden dabei erlitten hat. Ganz so ging es auch Bruno. Nur der gelbe Zettel hing mit jedem Buchstaben noch vor ihm, „Kunst-Arena“ stand darüber. Dann war die Rede von „vorkommenden Hauptstücken der Vorstellung“, von denen versichert wurde, daß sie einzig und allein von dieser Gesellschaft, einer „unübertrefflichen Lust- und Parterregymnastik-Gesellschaft“ angeführt wurden. Hundert Mark Belohnung wurden demjenigen zugesprochen, der im Stande war, die Produktion des Schlangentänzers — „nur einzig und allein in diesem Genre und wird zu jeder Zeit die Konkurrenz dieser Produktion preisgehehlt“ — nachzumachen. Als Schluss wurde die „Miesen-Haspelle“ verprochen — „einß das Beste und Gefährlichste, welches bis dato in diesem Fach gegeben worden ist.“ Unterzeichnet war der Zettel: „Hochachtungsvoll der altbekannte und weltberühmte 73-jährige alte Vater Timm.“

Vater Timm war in einem Gasthof am Markte abgefliegen. Dort gab es auch vor der Vorstellung schon Eintritätskarten bei ihm zu kaufen. Auf dem Markt trieben sich am das Gerüst die Jungen herum, nur Bruno fehlte darunter. Herr Quack, sein Prinzipal, ließ sich derartige festliche Gelegenheiten nicht entgehen. Abgesehen davon, daß er Bruno geru kaufte und Kopfsache gab und daß er es als selbstverständlich ansah, wenn Frau Quack bei den Wahlzeiten Bruno nur diejenigen Neße zwies, die zum Aufstehen sich nicht mehr lohnten, war er ein durchaus fideles Herr mit einer Künstlermähne und als Künstler wollte er sich auch betrachtet wissen. Wenn er Bruno einen böartigen und verächtlichen Jungen nannte, der kurz gehalten werden mußte,

so hatte er vollständig Recht. „Wengel, jetzt gehst du in den Anfer und holst zwei Billets, ich bit' mir aber aus ganz vorne!“ sagte er und warf Bruno ein eben von der Kunstschicht als Angeld erhaltenes Markstück zu, das, weil es den Tisch verfehlt, Bruno vor die Füße rollte. Um zu dem Markte zu kommen, führte der Weg durch eine Kastanien-Allee. Wenn Bruno mal im Atelier allein war, kam der alte Geist über ihn. Er sprang auf die Hände, schlug ein Rad und selbst einen Flicklack versuchte er noch. Es war kein großes Glück, daß weder Herr noch Frau Quack ihn bei solchen Gelegenheiten erwischte. Bruno hatte nichts gelernt. Die Kastanien-Allee, durch die er mußte, war menschenleer; auch war es ihm mit einem Male völlig gleichgültig, wenn ihm jetzt jemand zusah. Der Teufel ritt ihn; hier, wo Raum und guter Sand war, konnte er seine Klünste einmal wieder nach Herzenslust probiren. Plötzlich, als er wieder auf den Füßen stand, sah er einen Mann hinter sich, einen noch jungen Mann von kräftiger Statur mit einem ziemlich gewöhnlichen Gesicht und in nicht übermäßig feiner Kleidung, der ein zusammen gewundenes Seil am Arme trug. Er kam vom Seilermeister, der seine langgestreckte Werkstatt an der Allee hier liegen hatte und von dem er am Taubwerk etwas hatte repariren lassen.

„Wer bist du denn, Junge?“ fragte dieser Mann gemüthlich. „Wo hast du denn das Zeug gelernt?“ fragte er weiter, ehe Bruno voll Bewunderung ihm noch geantwortet hatte. Bruno wußte nicht, was der sonderbare Mensch von ihm wollte, aber er antwortet nun. Der Fremde zog ihn in ein Gespräch. „Was willst du werden?“ fragte er dann — Photograph? Hättest du nicht lieber Lust, Seiltänzer oder Kunstreiter zu werden?“ Bruno erschraf so heftig, daß er nichts darauf zu erwidern vermochte. (Fortsetzung folgt.)